Nr. 167 Montag, 23. August 1920 27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Weiterer polnischer Vormarsch.

Russische Fortschritte in Galizien.

Der Rückzug der Russen.

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Berliner Korrespondent telegraphiert unterm 22. August aus Prostken (Ostpreußen): Die russische vierte Armee ist in vollem Rückzug über Lomsha auf Grodnow. Lomsha ist vom Stab der vierten Armee und allen revolutionären Komitees geräumt. Rathen überflutet von der zurückströmenden Armee. Jüdische Bevölkerung, die sich der revolutionären Regierung zu Verwaltungsdienst und als Miliz zur Verfügung gestellt hatte, flieht ebenfalls. Der Rückzug erfolgt nach echt russischer Art überaus schnell aber in ziemlicher Ordnung. Rote Truppen haben in Lomsha teilweise stark geplündert, obwohl Kommandostellen das verboten. Ich habe selbst inmitten der Kolonnen, teils laufend, teils fahrend starke Unlust der Truppen feststellen können, zwar keine Verzweiflung wegen der Niederlage, aber doch Kampfunlust. Der Stab der vierten Armee ist nach Augustow verlegt, er will versuchen, die Karemlinie bei Lomsha zu halten. Oestlich der Festungsstelle Lomsha ist aber nur sehr schwach mit Artillerie beschützt. Allgemeiner Rückzug. Von Grodnow sind angeblich starke Reserven nach Bialystok vorgeschoben worden. Die Bahnlinie Lomsha-Bialystok ist bereits teilweise in den Händen der Polen, daher ist der Rückzug nach Südosten unmöglich. Teile der vierten Armee stehen vor der Gefahr nach Norden über die deutsche Grenze gedrängt zu werden. Revolutionäre Komitees aus allen Orten sind nach Gradjewo geflüchtet.

Königsberg, 22. August. Die Polen haben Mlawa und die Gegend nördlich von Prasnysch und südlich von Ostrolenka erreicht. Im Grenzabschnitt Jarow-Flammberg fanden gestern und heute erneuernd Grenzüberschreitungen von Teilen der vierten bolschewistischen Armee statt. Bisher wurden über 1500 Bolschewisten entwaffnet. Das polnische Zentrum nähert sich der Eisenbahn Ostrolenka-Bialystok. Im Vormarsch auf Bialystok überschritten polnische Truppen den Narez bei Brianck und südwestlich Bielsk. Bolschewistische Angriffe auf Brest-Litowsk und bei Grubeschow wurden abgewiesen. Grubeschow wurde genommen. Der bolschewistische Vormarsch auf Lemberg hat die Gegend östlich und südöstlich Lembergs erreicht.

Kopenhagen, 23. August (TU.) Von Warschau wird berichtet, daß der Nordflügel der Bolschewisten von den hinter Brest-Litowsk kämpfenden Truppen vollständig abgeschnitten sei. In Galizien erzielten die russischen Streitkräfte noch einige Fortschritte.

Allenstein, 21. August. (TU.) Das Hauptquartier der vierten russischen Armee ist auf Bialystok zurückgegangen, doch war die Stimmung der Russen noch keineswegs hoffnungslos, da es den Russen durch hartnäckigen Widerstand gelungen sein soll, das Gros ihres rechten Flügels aus der drohenden polnischen Umklammerung zu retten.

Die Lage in Oberschlesien.

Ruhe in Kattowitz und Beuthen. — Schwere Ausschreitungen in den Landkreisen.

Beuthen, 21. August. In Deutsch-Piekar und Schgrlen treten Bewaffnete auf. Es kam zu kleinen Schießereien. In Hohenlinde treiben sich Bewaffnete herum. Sonst herrscht im Beuthner Bezirk Ordnung. In Schoppinitz bilden sich bewaffnete Haufen, die anscheinend auf Kattowitz marschieren. Die französischen Truppen verhalten sich neutral. Die in Myslowitz entwaffnete Hundertschaft der Sicherheitspolizei wurde ihrer Kleider beraubt, schwer mißhandelt und nach Sosnowice befördert. Auf Vorstellungen des Polizeipräsidenten von Kattowitz erhielt eine französische Kompanie Befehl zur Befreiung der Hundertschaft. Der Befehl ist bisher nicht ausgeführt. In den besetzten Ortschaften ist polnische Polizei eingesetzt. In Rozdzin-Schoppinitz wurden Beamte als Geiseln fortgeführt. Andauernd findet Zuzug aus Polen statt. Es sollen polnische Offiziere in Uniform aufgetreten sein. Wie verlautet, wurden mehrere deutsche Geschäfte angegriffen. — Im Beuthner Bezirk sind Deutsch-Piekar, Scharlen, Birkenhain, Kamin und Dziezowitz in den Händen der Polen.

Kattowitz, 21. August: Bis Mitternacht war es vollkommen ruhig. Normale Zustände dürften in kurzer Zeit wieder hergestellt sein. Die Besatzungstruppen sind hier vollkommen Herr der Lage, der Landkreis Kattowitz befindet sich dagegen noch völlig in den Händen der polnischen Insurgenten. Imlin und Berun sind bedroht. Die Bevölkerung flüchtet hier und anderwärts aus Oberschlesien. In einzelnen Orten ist es zu schweren, verlustreichen Kämpfen zwischen Sicherheitspolizei und Aufständigen gekommen. Das Auftreten von regulärem polnischem Militär scheint festzustehen. (?) Der Belagerungszustand ist über Kattowitz-Land ausgedehnt worden und dürfte auch über den Kreis Pleß verhängt werden. Der Bahn- und Postverkehr im Aufstandsgebiet ist gestört. Die Streikbewegung der polnischen Bergarbeiter dehnt sich heute von den östlichen Grenzrevieren bis nach Hindenburg aus.

Bismarckhütte, 23. August. Eine zumeist aus jungen Leuten bestehende Bande überfiel am Sonntag nachmittag das Rathaus, das von der Polizei hartnäckig verteidigt wurde. Die Angreifer verloren fünf Tote und einige Verwundete. Als schließlich eine vorüberkommende französische Patrouille eingriff, brach die Bande den Kampf ab und zog sich zurück. Gegen 6 Uhr war die Ruhe im großen und ganzen wiederhergestellt.

Tarnowitz, 23. August. Im Kreise Tarnowitz kommt es ständig zu schweren Ausschreitungen. Ueberfälle auf Einwohner von Förstereien und Wirtschaftsinspektoren, Entwaffnung von Gendarmerieposten und Mißhandlung von Lehrern wiederholen sich ständig. Das Bauerndorf Larischhof wurde geplündert, das Vieh gestohlen.

Gleiwitz, 23. August. Aus den von den Polen besetzten Gebieten der Kreise Kattowitz und Beuthen sind im Laufe des Sonnabend 500 Flüchtlinge hier eingetroffen. 400 wurden am Sonntagnachmittag nach Kandrzin weiterbefördert. Inzwischen treffen neue Flüchtlinge aus dem Kreise Pleß ein, die in Gleiwitz gesammelt und ebenfalls nach Kandrzin weiterbefördert werden.

Beuthen, 23. August. (T.-U.) Gracier erklärte den deutschen Parteien, daß die polnischen Führer bereits erklärt hätten, für Ruhe und Ordnung und Wiederaufnahme der Arbeit am Montag zu sorgen. Die Zurücknahme der Streikparole soll, wie verlautet, bereits erfolgt sein. Der Abordnung wurde weiter zugesichert, daß ihren Wünschen nach Möglichkeit nachgekommen werden soll. Die polnischen Führer wollen ihren Einfluß geltend machen, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Beschwerden seien sofort der interalliierten Kommission vorzutragen. Die politischen Führer haben jetzt den Eindruck, daß seitens der Besatzungsbehörden der ernste Wille besteht, Oberschlesien so schnell wie möglich wieder geordneten Zuständen entgegenzuführen.

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Von zuständiger Seite aus Kattowitz meldet die Berliner Montagspost: Die französische Besatzungsbehörde zeigt seit Sonnabend offensichtlich das redliche Bestreben, auf unblutigem Wege die Ordnung wieder herzustellen und die Polen zur Abgabe der Waffen zu veranlassen. Seit dem Eintreffen des Oberleutnants Caput, dem Chef des Stabes des Generals Lerond, ist Schuldlosigkeit in dem Verhalten der französischen Besatzungstruppen festzustellen. Die Truppen zeigen unermüdlich, daß ihnen alles daran liegt, der Sicherheitspolizei zu helfen und den Frieden in Oberschlesien wieder herzustellen. So haben sie verschiedentlich der Sicherheitspolizei die von den Polen abgenommenen Pferde, Waffen usw. wieder zugestellt. Der Kattowitzer Sicherheitspolizei wurde von der französischen Behörde ein Befehl übermittelt, die Kasernen nicht eher zu verlassen, bis ein schriftlicher Befehl des Generals Gracier vorliegt. Als Grund wurde die Tatsache angegeben, daß den Gefangenen der ersten Hundertschaft in Myslowitz über 100 Beamte, die Uniformen von den Polen weggenommen waren, die diese für sich verwendet hatten. Um Mißbrauch und Verwechslungen vorzubeugen, sei der Befehl ergangen. Die Sicherheitspolizei ist seitdem tatsächlich vom Straßendienst in Kattowitz ausgeschaltet.

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Beuthen unterm 22. August: Aus Kattowitz wird gemeldet: Folgende Forderungen, gestellt von den deutschen politischen Parteien und allen Gewerkschaften, sind von der interalliierten Behörde angenommen worden: Allgemeine Entwaffnung der Bevölkerung, Aufhebung des Belagerungszustandes nach Wiederherstellung der Ruhe, Schaffung einer unparteiischen, paritätischen Sicherheitswehr, Abbruch des Streiks und Wiederaufnahme der Arbeit am Montagfrüh. Die Polenführer haben diesen Forderungen ihre Unterstützung zugesagt und das gleiche ist von der interalliierten Kommission versichert worden.

Große Siege der Kommunisten in Serbien.

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Montagspost meldet unterm 22. August aus Belgrad: Bei den Gemeindewahlen in Belgrad siegten die Kommunisten. Sie erhielten 3526 Stimmen und damit 30 Sitze in der Stadtvertretung. Der Bürgermeister der Stadt Belgrad muß deshalb der kommunistischen Partei entnommen werden. In ganz Serbien außer Belgrad ist das Ergebnis ähnlich. Außer Belgrad haben die Kommunisten in sieben weiteren Städten die Mehrheit erhalten. Die bisherige Regierungspartei erlitt eine schwere Niederlage.

Der Vulkan Ostpreußen.

Königsberg, 21. August.

(Von unserem nach dem Osten entsandten Korrespondenten.)

Ostpreußen ist seit langem ein grollender Vulkan, der jeden Augenblick zum Ausbruch kommen kann. Nirgends ist die politische Spannung größer als in dieser Provinz, die nicht nur geographisch und verkehrstechnisch losgelöst ist — auch politisch beginnt sie ein eigenes, der Lage im Reiche nicht immer Rechnung tragendes Leben zu führen. Am nächsten dem Lande der Propheten der Weltrevolution, hat die ostpreußische Arbeiterschaft niemals das Gefühl verloren, auf diesem vorgeschobenen Posten auch besondere Missionen und Aufgaben zu haben, und es auch stets in besonders hohem Maße für ihre Pflicht gehalten, Träger der revolutionären Ideen zu bleiben. Das konservative großagrarische Elemente hat dagegen nie die Hoffnung aufgegeben, die Isolierung der Provinz für einen Staatsstreich nutzbar machen zu können, und hat nie darauf verzichtet, hier im geheimen alle Vorbereitungen zu treffen. Nationalbolschewistische Elemente tragen Verwirrung in diese scharfen Gegensätze, und die von der Regierung ursprünglich im Lande verborgenen Waffen machen das Ganze zu einem Pulverfaß, um das die Funken fliegen. Mehr als 40 000 „zuverlässige", schwerbewaffnete Leute zählt die Orgesch und mehr als für 200 000 Mann Waffen befinden sich in ihrem Besitz. Die Spannung war schon groß, als noch die alten Einwohnerwehren existierten, als Borowski und Lübbring heftig, aber ohne großen Erfolg gegen Dassel und seine Reichswehr, Wirtschaftskompanien und sonstige geheime Organisationen kämpften. Als nun auch für Ostpreußen die Auflösung der Einwohnerwehr kam und die Entwaffnung drohte, da trafen rechtzeitig die Vertreter des Herrn Escherich hier ein. Millionen an Mitteln standen der Organisation plötzlich zur Verfügung, so daß endlich in der Königsberger Hartungschen Zeitung sogar eine halbamtliche Stelle die Flucht in die Oeffentlichkeit antrat und schrieb: „Dieser Verband hat noch keiner Behörde und mit keinem Wort der Oeffentlichkeit gesagt, woher er die Millionen hat, die er ausgibt und ausgeben muß, wenn er bestehen will." Viele von dem Polizeipräsidenten Lübbring wegen reaktionärer Gesinnung entlassene Sipooffiziere wurden angeworben und der Organisation eingegliedert. An die Spitze der Organisation, die sich Selbstschutzverband für Ostpreußen nannte, trat der entlassene Sipooffizier Preu. Die Organisation der reaktionären Kreisräte wurde ebenfalls der Orgesch dienstbar gemacht. Da die Regierung machtlos war, so begannen die Gewerkschaften, die die Gefahr mit jedem Tage wachsen sahen, eigene Arbeiterwehren zu bilden. In den Städten sowohl wie auf dem Lande entstanden Arbeiterwehren, die gleichfalls im Besitz von Waffen waren, wenn ihnen auch nicht annähernd die Menge zur Verfügung stand wie der Orgesch.

Die politische Situation war mit jedem Tage kritischer. An eine Auflösung der illegalen Organisation wagten die Regierungskreise nicht mehr zu denken. Der Oberpräsident entschloß sich deshalb zu dem Versuch, sämtliche illegalen Organisationen in legale zu verwandeln. Nach Vorverhandlungen, an denen auch die Minister Koch und Geßler teilnahmen, erschien ein Aufruf des Oberpräsidenten zur Bildung von Ortswehren. Es kann keinen Augenblick ein Zweifel darüber sein, daß diese Organisation nicht nur dem Sinn, sondern auch dem Wortlaut des Entwaffnungsgesetzes widerspricht. Keine Bestimmung des Entwaffnungsgesetzes rechtfertigt die Verteilung von Waffen an nicht beamtete Personen. Aber auch mit den Abmachungen in Spa ist die Bildung ostpreußischer Ortswehren keinesfalls zu vereinigen. Die Vertreter der Unabhängigen haben das bei den Vorverhandlungen sofort energisch betont und deshalb ihre Beteiligung abgelehnt. Dazu kommt, daß die Zusammensetzung der zu bildenden Ausschüsse stets den Bürgerlichen eine Majorität gibt, so daß die Ausschaltung unliebsamer Arbeiterelemente aus allerlei Gründen stets möglich ist. Der Provinzialwehrausschuß war deshalb aus je zwei Vertretern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Christlichen Volkspartei, der Demokraten und Rechtssozialisten zusammengesetzt. Während die Orgesch sich ursprünglich in den Verhandlungen den Plänen des Oberpräsidenten geneigt gezeigt hatte, schwenkte sie plötzlich um und setzte allen weiteren Verhandlungen Widerstand entgegen. Die Vertreter stießen sich plötzlich an der Bestimmung, daß die Organisation keinerlei Weisung von irgendeiner privaten Zentrale annehmen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200823/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

dürfte. Man vermutet deshalb, daß aus Marburg eine Wendung gekommen ist, die die veränderte Stellungnahme der Orgeschvertreter zur Folge hatte. Die deutschnationalen Vertreter erklärten daher sofort ihren Austritt aus dem Provinzialwehrausschuß. Am Tage darauf erfolgen Erklärungen der provinziellen Parteileitungen der Deutschnationalen, Deutschen und Christlichen Volkspartei, daß sie ihre Vertreter aus dem Ausschuß zurückzögen. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Schönehäs, dementierte zwar die von seiner Parteileitung ohne Berechtigung für ihn abgegebene Erklärung. Der erste Versuch muß aber als gescheitert gelten.

Trotzdem ist das Zustandekommen der Ortswehrorganisation wahrscheinlich. Die Orgesch-Leute dürften sehr bald erkennen, daß sie doch alle Macht in den Händen behalten werden, und daß sich die Möglichkeit bietet, aus einer illegalen und verbotenen Organisation zu einer legalen zu werden. Diese Gelegenheit dürften sie sich kaum entgehen lassen. Die Bestimmungen sind jetzt schon mit großer Geschicklichkeit so ausgearbeitet, daß jeder Einfluß der Arbeiterschaft ausgeschaltet wird. In größeren Städten würde ja nun trotz aller Vorsichtsmaßregeln die Arbeiterschaft die Macht in die Hand bekommen. Dort werden nach den Bestimmungen keine Ortswehren gebildet, angeblich weil die Sipo zum Schutz ausreicht. Die in den Städten sich freiwillig Meldenden sollen zum Grenzschutz verwendet werden. Man versucht offenbar auf diese Weise, die Arbeiterschaft zu zersplittern und ihre geschlossene Macht in den Städten zu brechen. Da der Oberpräsident seine Versuche zur Bildung der Orts- und Schutzwehren fortsetzen dürfte, da die Orgesch alles tun wird, die Organisation in die Hand zu bekommen und da die unabhängige Arbeiterschaft in der nächsten Woche mit großen Protestversammlungen wie Einheitsbestrebungen antworten wird, ist die politische Lage auf das höchste gespannt. Diese Spannung scheint den Orgesch-Leuten sehr recht zu sein. Sie bemühen sich, die Spannung zu verschärfen. Teilweise scheinen nationalbolschewistische Elemente noch immer die Hoffnung zu hegen, daß sie die Arbeiterschaft für ihre Experimente mißbrauchen können und daß jetzt die Zeit dazu gekommen sei. Aber auch geheime Versuche, durch Provokateure und als Matrosen verkleidete Spitzel zu Torheiten zu bewegen, sind nachgewiesen. An einzelnen Stellen, vor allem auf dem Lande, haben diese Elemente für die Ausrufung der Räterepublik und bewaffnetes Losschlagen Propaganda gemacht. Die politisch nicht überall völlig durchgebildete Arbeiterschaft, die doch dazu durch die Nähe der Bolschewisten sehr erregter Stimmung und gespannter Erwartung ist, ist für diese Experimente teilweise ein leider nur allzu geeignetes Objekt. Die leitenden Kreise der Unabhängigen Partei setzten deshalb alle Kraft ein, um die Arbeiterschaft vor Torheiten zu bewahren und um den Einfluß der Spitzel zu beseitigen. Es kommt ihnen dabei zugute, daß Erklärungen der Bolschewisten vorliegen, die zeigen, daß nach diesen solche Experimente politisch und militärisch höchst unbequem wären. Aber alle diese Dinge zeigen, daß der Vergleich Oberschlesiens mit einem kurz vor dem Ausbruch stehenden Vulkan keineswegs übertrieben ist. Die Provinz sollte den größten Teil des politischen Interesses auf sich lenken.

Neue Orgesch-Geschichten.

Bayern widersetzt sich der Entwaffnung der Eschericischen Organisationen.

Vor einigen Tagen ist wie in den übrigen preußischen Provinzen auch in Hessen-Nassau das Verbot der Orgesch ausgesprochen. Bei dieser Gelegenheit hat der Oberpräsident zugleich auch die Auflösung des Jungdeutschen Ordens, einer Unterorganisation der Orgesch, verfügt. Ueber diesen Jungdeutschen Orden ging jetzt dem Berliner Tageblatt von unterrichteter Seite eine ausführliche Schilderung über den Zweck und den Charakter des Bundes zu, der wir folgendes entnehmen:

Es handelt sich um eine recht merkwürdige, halb militärische, halb politische Organisation, die sich über die Provinz Hessen-Nassau und wohl auch über den Staat Hessen erstreckt. Hauptstützpunkte der Bewegung waren ursprünglich Kassel und Marburg. In Kassel arbeitete Regierungsrat und Oberleutnant a. D. Maraum, der einmal als Hochmeister des „Jungdeutschen Ordens" auftrat, intensiv an der Ausbreitung der Bewegung. In Marburg ging die Bewegung vom Marburger Studentenkorps aus, das während des Kapp-Putsches auf den Plan trat, durch sein Verhalten in Thüringen, namentlich die Vorkommnisse in Mechterstädt bekannt geworden ist, und sich zu einer Ortsgruppe des Jungdeutschen Ordens umtaufte. Diese Ortsgruppe bildete sich zu einer ausgesprochen militärischen Organisation aus. Ein Stab wurde gebildet, dessen Führer der aus dem Marburger Prozeß bekannte frühere Bataillonskommandeur des 1. Zeitfreiwilligenbataillons Marburg, Fregattenkapitän v. Selchow ist. Er ist gleichzeitig Leiter der Befehlsstelle Hessen der Organisation Escherich. Sein Adjutant war der eigentliche Wortführer der Angeklagten im Zeitfreiwilligenprozeß, Leutnant a. D. Jahn; Ordonnanzoffizier wurde ein Herr Diemer, der kurz vor dem Kapp-Putsch nach Berlin verschwand, wenige Tage darauf im Flugzeug nach Marburg zurückkehrte und offenbar Verbindungsmann zu den Erhardttruppen war. Zu diesem Stab trat als eine Art Propagandachef Stabsfeldwebel Schaumlöffel.

In Frankfurt (Main) breitete sich die Bewegung im Monat Juni aus. Träger waren auch hier die farbentragenden Verbindungen. Der Jungdeutsche Orden in Frankfurt gliedert sich in drei Gefolgschaften, zu Deutsch Kompanien, die ungefähr 200 bis 300 Mann stark sind, und deren Mitglieder sonderbarerweise alle im Besitze von Waffenscheinen sind. Hervor treten Freiher v. Lohe, Rechtsanwalt Koks (Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei) und der 1. Schriftführer Renner. Man hat in Frankfurt an den Jungdeutschen Orden auch weite Kreise der anderen akademischen Berufe, der selbständigen Kaufmannschaft, angeschlossen, um auf diese Weise die ältere Generation heranzuziehen, und um einen Vertrauenskreis der Geldgeber zu gewinnen. Daher kommt es, daß in Frankfurt das Schlagwort der weißen Gewerkschaft auftauchte, die mit den bekannten Gelbgerichtern vier Programmpunkte auf den Bürgerfang ging. Entsprechend dem friedlicheren Charakter der Frankfurter Verhältnisse trat hier der Jungdeutsche Orden etwas weniger militärisch auf. An seiner Spitze stand – offenbar auch als Großmeister – der Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät, Professor Friedrich Giese, der vor nicht langer Zeit den Aufruf der republikanischen Hochschullehrer mit unterzeichnete. Auch hier waren die Führer der deutschnationalen Studentengruppen hauptbeteiligt. In Frankfurt war die Verbindung mit Escherich den Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens wohl bekannt. Unvorsichtige bezeichneten ihn als den „Diktator" der ganzen Bewegung.

In Darmstadt hat der Freiherr v. Ledebour, früherer Oberleutnant im Infanterieregiment 115, eine Brüderschaft des Jungdeutschen Ordens gebildet, die sich dort auf die mit den Andreaskreuzen geschmückte Studentenschaft stützt. Die Bewaffnung wird in Darmstadt nunmehr wohl durchgeführt sein, denn Herr Oberleutnant v. Ledebour besitzt einiges Geschick in der Organisierung reaktionärer Bewegungen. Daß sich im Jungdeutschen Orden alle Größen des Kapp-Putsches zusammenfanden, beweist die Tatsache, daß auch Herr Rittmeister v. Neuville, seinerzeit Kommandeur des Reichswehrbataillons Frankfurt-Bonames, nicht fehlt. Dieser Mann, dessen Putschversuch in Frankfurt kläglich scheiterte, wird als Kommandeur des Jungdeutschen Ordens in Süddeutschland genannt.

Ebenso breitete sich der Jungdeutsche Orden auf die hessische Landbevölkerung aus, die man mit dem roten Mitteldeutschland sperrte. Hier lag das Arbeitsgebiet des Herrn Oberleutnant der Reserve Lehrers Wolf, der bis zum Kapp-Putsch Parteisekretär der Deutschnationalen Volkspartei war und in den kritischen Märztagen auf den Schießständen Marburgs die Schuljugend militärisch ausbildete. Interessant war es, die Ausbreitung der Bewegung in den Monaten Juni und Juli zu beobachten. Während nach innen fieberhaft an dem Zusammenschluß der Bewegung für Hessen gearbeitet wurde, leugnete man nach außen energisch ab, daß es sich hier um militärische Dinge handle, der Orden sei vielmehr eine Abwehrorganisation der in ihrem Dasein bedrohten farbentragenden Verbindungen (welche niemals so stark und so provozierend auftraten, wie zur Zeit). Unvorsichtige Freunde gaben allerdings zu, daß sich diese Organisation innerhalb 2 bis 3 Stunden in eine Kampftruppe umwandeln lasse.

So zeigt es sich immer deutlicher, daß die Orgesch alle jene reaktionären Elemente und gegenrevolutionären Organisationen, die in den Tagen des Kapp-Putsches als Helfer und Verbündete der Kapp und Lüttwitz bekannt geworden sind, zusammenfaßt. Und angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen wagt es der Generalissimus dieser konterrevolutionären Bürgergarden, Escherich, seine Organisation als eine Vereinigung zum Schutze der Verfassung hinzustellen. Er spricht von einer Verhöhnung der Gesetze, wenn diese Putschisten-Armee aufgelöst werden soll. Jetzt hat er sich gnädigst herbeigelassen, zu erklären, „auf Verlangen die Waffen dem Reichskommissar anzugeben (wohlgemerkt, nicht abzugeben!), soweit einzelne Teile seiner Organisation solche besitzen." Man darf gespannt sein, was der Entwaffnungskommissar, der verpflichtet ist, unverzüglich die Entwaffnung dieser bewaffneten Haufen vorzunehmen, auf das Angebot antworten wird. Er wird jetzt, ebenso wie die Reichsregierung, endlich zu der Angelegenheit Stellung nehmen müssen, denn von Bayern aus wird jetzt der offene Widerstand gegen die Entwaffnung der Orgesch angekündigt. Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet, ist der bayrische Staatssekretär des Innern, Dr. Schweyer, nach Berlin geschickt worden, um der Reichsregierung zu erklären, daß Bayern „die Orgesch als rechtmäßig und gesetzlich zulässig betrachtet." Bayern wolle auf keinen Fall die Orgesch aufgeben.

Die Regierung des Herrn von Kahr in München erklärt also gerade heraus, daß sie sich der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes gegenüber den Eschericischen Organisationen widersetzen will. Wenn die bayrische Regierung auf diesem Standpunkt beharrt, ist die Reichsregierung verpflichtet, einzuschreiten und den Reichsgesetzen auch in Bayern Achtung zu verschaffen. Zur Zeit der Münchener Räterepublik, bei gewissen Vorgängen in Braunschweig und Gotha ist ja die Reichsregierung recht schnell mit der Reichsexekutive bei der Hand gewesen. Jetzt muß sich zeigen, ob sie gegenüber der Kahrschen Kappisten-Regierung ebenso energisch vorgeht, wie sie seinerzeit gegen die linkssozialistischen Regierungen vorgegangen ist.

Orgesch in Pommern und Sachsen.

Dem Vorwärts wird aus Pommern geschrieben: „Während der „Kapp"-Zeit florierte in Neustettin unter dem Kapitänleutnant Mathy eine sogenannte Nachrichtenabteilung mit einer großen Anzahl als „Kriminalbeamte für innere Angelegenheiten" tätiger Geheimagenten. Die Nachrichtenabteilung soll aufgelöst sein, einer der „Kriminalbeamten" läuft aber noch in Uniform und mit Waffen, manchmal auch in Zivil, im Städtchen umher. Was er treibt, weiß man nicht. Sein ehemaliger Chef, von dem man doch annehmen konnte, daß er gleichzeitig mit dem Kapp-Putsch erledigt gewesen sei, ist beim Infanterie-Führer II in Kolberg auf Privatdienstvertrag für innerpolitische Angelegenheiten angestellt. Vielleicht erkundigt sich das Reichswehrministerium einmal danach, was das für „innerpolitische Angelegenheiten" sind, welche die Anstellung ehemaliger Offiziere auf Privatdienstvertrag erforderlich macht, und wer die Mittel zur Besoldung dieser Sorte Privatangestellter herzibt.

Die ehemalige Nachrichtenabteilung unter Kapitänleutnant Mathy hat, wie einwandfrei feststeht, einen schwunghaften Handel mit ihren Pferden getrieben, und die dabei von den Bauern vereinnahmten Gelder sind zwischen Mathy, einem Leutnant a. D. Roeseler, einem bereits verhafteten Feldwebel Graumann und mehreren Soldaten der Nachrichtenabteilung geteilt worden. Wegen dieser Schiebereien ist Graumann verhaftet worden, Mathy und Roeseler dagegen nicht. Der letztere, wie auch eine große Anzahl entlassener Feldgendarmen, halten sich jetzt als „Güterschutz" in Pommern und Westpreußen auf — Orgesch!"

Im Zusammenhang mit diesen Meldungen wird weiter berichtet, daß sich auf dem pommerschen Gute eines Herrn v. Hertzberg-Lottin ein gut bewaffneter „Güterschutz", bestehend aus einem Offizier und 25 Mann, befindet. In der gleichen Weise sind fast alle übrigen Güter in Pommern durch die Orgesch „beschützt".

Im Kreise Liebenwerda und in Elsterwerda in der Provinz Sachsen besteht seit einigen Monaten eine Organisation, für die besonders zwei Seminaristen Namens Pabst und Heim arbeiten. Leiter dieser Organisation ist der frühere Chef der Sicherheitswehr in Sachsen, Graf von der Schulenburg. Waffen sollen nur in kleinen Mengen vorhanden sein. Sie stammen vom Freikorps Aulock, das bis zu seiner Auflösung auf dem Truppenübungsplatz Zeithain untergebracht war. Im Seminar in Elsterwerda wurde eine Haussuchung vorgenommen, die jedoch ergebnislos war. Es handelt sich nach den bisherigen Ermittlungen anscheinend um eine Geheimorganisation, die der Orgesch zwar nicht angehört, ihr jedoch sehr nahe steht.

Die Orgesch geht dem Entwaffnungsbeirat nichts an

Wie aus Berlin gemeldet wird, beriet der parlamentarische Beirat zur Ausführung des Entwaffnungsgesetzes am Sonnabend in vierstündiger Sitzung über die ersten Ausführungsbestimmungen für das Gesetz. In der allgemeinen Aussprache wurde von den Sozialdemokraten sofort die Frage der „Orgesch" angeschnitten. Von deutschnationaler Seite wurde darauf verwiesen, daß der Reichskommissar mit dieser Organisation nichts zu tun habe, da es sich um einen Verein handle. Das Verlangen, gegen sie vorzugehen, sei ebenso ungesetzlich, wie das Vorgehen des preußischen Ministers des Innern und der Oberpräsidenten. Die Mehrheit des Ausschusses und der Vorsitzende erkannten an, daß die Beratung und Entscheidung dieser Frage nicht zur Kompetenz des Beirates gehören.

Nach eingehender Beratung wurde die Bestimmung gestrichen, die erneut die eidesstattliche Versicherung des Anmeldenden verlangte. Auf deutschnationalen Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen die Bestimmung eingefügt: „Für einzeln liegende Gemeinden und Gehöfte sind vor ihrer Entwaffnung die zu ihrem Schutze erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Zum § 5, der festsetzt, wohin die Waffen abzuliefern sind, wurde eine Abänderung beschlossen, die dem Reichskommissar das Recht gibt, diese Stellen zu bestimmen, wenn er die Ortsbehörden nicht als die geeigneten Stellen ansieht. Der Entwaffnungskommissar Dr. Peters gab hierbei die Erklärung ab, daß er den Beirat über seine Maßnahmen und den weiteren Gang der Dinge auf dem laufenden halten werde. Schließlich wurde noch festgesetzt, daß Mitglieder von Organisationen, deren Vorstand oder Leitung bereits zur Anmeldung der Waffen verpflichtet sind, nicht noch einmal eine besondere Anmeldung zu erstatten haben sollen.

Diese Ausführungsbestimmungen, namentlich die über die Entwaffnung der einzeln liegenden Gemeinden und Güter — für die auch die Demokraten stimmten! — scheinen direkt auf die Bedürfnisse der Putschpolitiker zugeschnitten zu sein. Die Praxis wird in Kürze zeigen, ob der Herr Reichskommissar solche Begünstigung wagt.

Belagerungszustand über Cöthen.

Dessau, 21. August. (WTB.) Der Staatsrat für Anhalt hat heute mittag den Ausnahmezustand über Stadt und Kreis Cöthen erklärt. Als die kommunistischen Putschisten hörten, daß ihre Annahme, auch in Halle, Leipzig und Magdeburg sei die Rätediktatur erkärt worden, falsch sei, erklärte der Urheber des Putsches, Oberlehrer Dr. Berg, ein früherer Oberleutnant der Reserve, den Vollzugsrat als aufgelöst. Damit hat die Räteherrschaft in Cöthen ihr Ende gefunden.

*

Die Verhängung ist nach der andern Meldung aus Cöthen, die wir wiedergeben, unterblieben, da bereits vollständige Ruhe wieder eingetreten ist.

Ein früherer Reserveoffizier als Leiter der Putschisten. Das legt den Gedanken an Nationalbolschewismus oder Lockspitzeltum nahe!

Cöthen, 21. August. Wie der Sonderberichterstatter der T.-U. meldet, sind zwei Bataillone Reichswehr aus Dessau und Zerbst um ½5 Uhr nachmittags in Cöthen eingerückt und haben die Stadt und den Bahnhof kampflos besetzt. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe; Post und Telegraph funktionieren wieder ungestört. Die Geschäfte waren am Abend wieder geöffnet. Die geplante Verhängung des Belagerungszustandes über Stadt und Kreis Cöthen ist unterblieben.

Zahme Putschisten in Elberfeld.

Köln, 21. August. (W. T. B.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Elberfeld: Die Arbeitslosen veranstalteten gestern mittag wieder eine Kundgebung, bei der durch die Wortführer der Stadtverwaltung eine Anzahl Forderungen unterbreitet wurden. Am Nachmittag leite ein mißglückter Putschversuch eines Häufleins Anhänger der K. A. P. D. ein. In einer Versammlung auf dem Exerzierplatz hatten ihre Redner zum sofortigen Handeln und zur Ausrufung der Räterepublik und der Diktatur des Proletariats aufgefordert. Etwa 1000 bis 1500 Personen zogen zum Rathaus, das vor den Anrückenden aber rechtzeitig verschlossen wurde. Ein Trupp zweigte zum Polizeigefängnis ab, um dort die Herausgabe von Waffen zu bewirken, man konnte sie jedoch durch mündliches Zureden zum Abzug bewegen. Vor dem Rathaus blieb die Menge noch längere Zeit versammelt. Zur größern Sicherheit war eine Abteilung Sicherheitspolizei herbeigerufen, die das Rathaus mit drei Maschinengewehren umstellte. Die Sicherheitspolizei konnte nach einiger Zeit wieder abrücken.

Die Zahl der Dummköpfe oder Verzweifelten, die sich von den völlig dem Putschismus verfallenen kommunistischen Arbeiterparteilern beschwatzen ließ, ist sicherlich von dem bürgerlichen Blatte stark übertrieben. Die Arbeiterschaft lehnt bis auf wenige Ausnahmen den verbrecherischen Unsinn der K. A. P. D. und die Aufreizungen der Lockspitzel ab.

Die Organisation des Schutzes der Neutralität.

Eine Reichskontrollkommission der Arbeiterorganisationen.

Vertreter der Spitzenkörperschaften der sozialistischen Parteien, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaften des Transportwesens traten am Freitag in Berlin zu einer Besprechung zusammen, um der Aktion der Arbeiterklasse zur Aufrechterhaltung der Neutralität größere Einheitlichkeit zu geben durch die Einsetzung einer allgemein verantwortlichen Führung. Auf der Konferenz waren auch Vertreter der KPD. anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung kamen die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die Angriffe zu sprechen, die unmittelbar nach Veröffentlichung des gemeinsamen Aufrufs aller Parteien und des Gewerkschaftsbundes zur Durchführung der Aktion von der KPD. gegen die übrigen beteiligten Organisationen und Persönlichkeiten gerichtet wurden. Der Bund erklärte, daß es ihm unmöglich sei, mit einer Gruppe zusammenzuarbeiten, die während einer gemeinsam geführten Bewegung gegen die übrigen beteiligten Gruppen den Vorwurf des Verrats erhebt. Eine Störung der Aktion und eine Schwächung ihrer Wirkung müsse die Folge sein. Vertreter der SPD. schlossen sich den Ausführungen des Vertreters des Bundes an. Aber auch die Vertreter der Eisenbahnarbeiterräte des Reiches sowie des Groß-Berliner Wirtschaftsgebiets verurteilten auf das allerschärfste das Vorgehen der KPD. Die Gewerkschaftsvertreter machten ein weiteres Zusammengehen mit der KPD. abhängig von der Abgabe einer Erklärung der Vertreter der KPD., die geeignet wäre, die Garantie für eine Verhinderung ähnlicher Vorfälle in der Zukunft zu geben. Die Abgabe einer präzisen Erklärung durch die Vertreter der KPD. unterblieb aber.

Die Vertreter unsrer Partei mußten sich in der Verurteilung des Verhaltens der Kommunisten den übrigen Beteiligten anschließen; denn es geht in der Tat nicht an, daß die Kommunistische Partei den Vorteil der gemeinsamen Aktion aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats für sich in Anspruch nimmt und zugleich aus Gründen der parteipolitischen Propaganda die andern beteiligten Organisationen mit Schmähungen verfolgt. Ein weiteres Zusammenarbeiten mit der KPD. wollten unsre Vertreter indes nicht ablehnen. Sie brachten zum Ausdruck, es sei anzunehmen, daß die Aussprache nicht ohne Eindruck auf das zukünftige Verhalten der Kommunistischen Partei geblieben sein werde, und daß ähnliche häßliche Vorgänge in der Zukunft wohl unterbleiben würden, auch ohne daß eine bindende Erklärung der anwesenden Kommunisten abgegeben werde.

Unsre Parteigenossen blieben mit dieser Auffassung in der Minderheit. In der Abstimmung erhielt die Auffassung der Gewerkschaften die Mehrheit, worauf die Vertreter der Kommunisten die Sitzung verließen.

Die nachfolgenden Beratungen ergaben als Resultat folgende

Beschlüsse:

Es wird beschlossen, eine Kontrollkommission für das Reich einzusetzen, bestehend aus folgenden Personen:
Vertreter der USP.: Rosenfeld,
der SPD.: Franz Krüger,
des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes: Knoll,
der Reichseisenbahner-Betriebsräte: Kliebor,
des Eisenbahnerverbandes: Brunner,
des Transportarbeiterverbandes: Fromm.

Für die einzelnen Orte sollen in derselben Zusammensetzung ebenfalls solche Kommissionen eingesetzt werden. Diese Reichskontrollkommission soll

1. **die akuten Fälle wie am Stettiner Bahnhof Berlin, in Stettin und Lübeck behandeln,**
2. **gültige Legitimationen für die einzelnen Kommissionen erwirken.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200823/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

3. allgemeine Richtlinien für künftige Fälle festlegen.

Die Plenarsitzung nimmt am Dienstag erneut Stellung. In dieser Sitzung wird auch die Berliner Kommission sich konstituieren. Die eingesetzte Reichskontrollkommission nimmt ihre Arbeiten sofort auf.

Die Reichskontrollkommission hat ihre Arbeit sofort aufgenommen, Richtlinien für die Arbeiten der örtlichen Kommissionen entworfen und sie ist dann sofort mit der Reichsregierung in Verbindung getreten. Am Montag soll die Reichskontrollkommission mit den Vertretern der beteiligten Reichs- und preußischen Ministerien beraten, um Klarheit über den Charakter der auf dem Stettiner Bahnhof und in Lübeck angehaltenen Waffentransporte herbeizuführen.

*

Die Waffenschiebungen dauern an.

Auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin sind die Eisenbahnarbeiter wieder großen Waffenschiebungen auf die Spur gekommen. Es wurden vier Gestelle angehalten, die angeblich Blechwaren enthalten sollten. Der tatsächliche Inhalt waren Stahlhelme. Absender der Gestelle: **Die Reichszentrale der Einwohnerwehr.** Empfänger: Kreisrat Königsbeck, Landratsamt Preußisch-Holland. Weiter wurden angehalten acht Kisten und vier Gestelle, die als Feuerlöschgerät deklariert waren, aber Funkergerät enthielten. Die Gegenstände waren für Litauen bestimmt. Absender: Berliner Frachtkontor, Empfänger: Internationale Verkehrsanstalt. Zwei weitere Kisten, als Handwerkszeug deklariert, enthielten Antennen.

An diesen Schiebungen kann die Arbeiterschaft wieder ermessen, wie notwendig es ist, den Verkehr genau zu überwachen. Daß es sich bei den Sendungen zum mindesten um **Schiebungen für die Konterrevolution** handelt, geht zur Genüge aus der **falschen Deklaration** hervor.

*

Bis zur Stunde ist über die Weiterführung des für die Sipo Königsberg bestimmten Transports, der auf dem Schlesischen Bahnhof angehalten wurde, noch **keine Vereinbarung** zwischen dem Ministerium des Innern und den Eisenbahnbetriebsräten getroffen worden. Das Ministerium hat den Eisenbahnern Konzessionen dahingehend gemacht, daß außer den Ausrüstungsstücken nur **leichte Munition** befördert wird, und daß die **Geschütze, Minen und Handgranaten in Berlin zurückbleiben** sollen. Inzwischen erheben jedoch die Eisenbahner den Einwand, daß die von ihnen festgestellte Menge **Infanteriemunition**, die sich bei dem Transport befindet, **erheblich größer ist**, als es ursprünglich den Anschein hatte. Die Verhandlungen gehen deshalb weiter.

In den Verhandlungen zwischen den Regierungsstellen und den Betriebsräten der Eisenbahn ist auch insofern eine neue Lage eingetreten, als gestern weitere Transporte in Groß-Berlin angehalten werden mußten. Auf dem Bahnhof Westend haben die dortigen Eisenbahner 15 **Waggons unferiger Munition** festgestellt, da Absender und Empfänger vorläufig nicht festgestellt sind.

*

Neue Schiebungen für Polen?

In einer Morgenausgabe vom 21. August bringt der Berliner Lokalanzeiger folgende Meldung:

„Wie uns in später Stunde mitgeteilt wird, soll es einem Beamten der Erfassungsstelle beim Reichsschutzministerium gelungen sein, große Schiebungen von Heeresmaterial aufzudecken. So soll in Mitteldeutschland versucht worden sein, für viele Millionen Mark **Flugzeuge nach Polen zu verschieben.** Ferner soll es gelungen sein, in einer mitteldeutschen Garnisonstadt die Verschiebung von Heeresgut im Betrage mehrerer Millionen zu unterbinden. Als Organisator dieser Schiebungen soll ein Angehöriger einer ausländischen Adelsfamilie in die Angelegenheit verwickelt sein, der unter verschiedenen Namen in Berlin auftritt.

70 Tonnen Pulver für die „Kaiserliche Marine".

Unser Bremer Parteiblatt schreibt: Unsere wachsamen Eisenbahner in Bremen haben neben **neun Waggons mit Flugzeugen sechs Waggons mit Pulver angehalten** und den **Weitertransport inhibiert.** Um über **70 Tonnen Pulver** handelt es sich hier, ein derart großes Quantum, daß jedem Laien sich unwillkürlich die Frage aufdrängt, wozu wird solch große Menge Pulver heute, wo Deutschland entmilitarisiert wird, gebraucht! Hier tut Aufklärung dringend not! Wie wir erfahren, ist der **Empfänger** des Pulvers — die **Kaiserliche Marine!** — Kaiserliche Marine gehört doch unseres Wissens der Vergangenheit und nicht der Gegenwart an. Die Revolution im November 1918 hat doch erfreulicherweise nicht nur den Kaiser, sondern auch die Kaiserliche Marine beseitigt. Was hat es also mit dieser Sendung für eine Bewandtnis?

„Transporte gemäß Friedensvertrag."

Durch Wolffs Bureau wird die folgende Mitteilung verbreitet: **Auch nach Räumung der Abstimmungsgebiete von Ost- und Westpreußen durch die Ententetruppen verkehren noch weiter durch Deutschland in Richtung nach Nordosten Nachschubtransporte, die für die von der Entente besetzten Gebiete von Danzig und Memel bestimmt sind. Auf Grund des Friedensvertrages ist Deutschland verpflichtet, die Durchfuhr zu gestatten.** Die Oeffentlichkeit wird nochmals dringend darauf hingewiesen, daß diese Transporte die die Bezeichnung „Transport gemäß Friedensvertrag" tragen, nicht angehalten und auch den alliierten Mitgliedern der Ueberwachungskommissionen keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden dürfen.

Kundgebungen der Arbeiterschaft für Sowjet-Rußland.

Rotterdam, 23. August. Die **Arbeiterorganisationen in Chicago und Seattle** haben beschlossen zu verlangen, daß die **amerikanische Regierung den Polen keinerlei Hilfe gegen Rußland** gewährt, andernfalls man in den **Generalstreik** eintreten wolle.

Sidney, 21. August. Der **Arbeiterrat von Sidney** hat beschlossen, sich **jeder militärischen Intervention gegen Rußland zu widersetzen.**

Amsterdam, 21. August. In **Groß-London** ist laut Telegraaf ein **Aktionsrat** gebildet worden. Heute sollen **große Kundgebungen für Rußland** stattfinden.

Was geht im Lockstedter Lager vor?

Aus Lockstedt wird der Freiheit geschrieben:

Allgemach hat man es ja verlernt, von der Regierung ein energisches Handeln gegen Aufstandsgelüste gewisser Kreise zu erwarten, es brenne ihr denn das Dach über dem Kopfe. Unglaublich und durch nichts mehr zu übertreffen ist aber die freche Offenheit, mit welcher im Lockstedter Lager unter den Augen der Regierung ein neues militärisches Unternehmen vorbereitet wird. Die schützende Maske ist die „landwirtschaftliche Siedlung".

Als am 30. Mai die 2. Marine-Brigade Ehrhardt aufgelöst wurde, ging das diesem Verbande angehörende 3. Kurländische Regiment nach langem Verhandeln mit der Regierung ins Lockstedter Lager, um durch Ansiedlung der bisherigen Soldaten die weiten, 18 000 Morgen großen Oedländereien der deutschen Volkswirtschaft zurückzugewinnen. Ohne uns über das Siedlungswesen grundsätzlich zu äußern, muß doch mit allem Nachdruck gefordert werden, daß die Gelder des Steuerzahlers keine mißbräuchliche Verwendung finden. Und solches geschieht, wenn die Leiter der sogenannten „Ansiedlung" in aller Oeffentlichkeit erklären können: **unsere Aufgabe ist es, den Staat, der unseren Forderungen geneigt ist, zu stützen, oder, wenn er nicht besteht, einen solchen Staat zu bilden! — Kapp-Putsch 2. Auflage!** Die Leitung des „Soldaten-Siedlungs-Verbandes Holstein" liegt in Händen des Hauptmann Riewitz, Graf v. Schwerin, Freiherr v. Schleinitz usw.

Ist der Regierung die Verbandstagung des Soldaten-Siedlungs-Verbandes am 1. August 1920 so ganz unbekannt geblieben? In aller Oeffentlichkeit hätte sie dort erfahren können, daß ihre „Siedler" keine Landwirte sind, sondern politisierende Soldaten, **welche die Ansiedlung als notwendiges Uebel bis zum nächsten frisch-fröhlichen Losschlagen betrachten.** In einem Vortrage des Hauptmann Riewitz über „Politik und Siedlung" führte er aus, indem er die Folgen der bolschewistischen Erfolge auf Deutschland ausmalte: **man müsse jetzt alle Zügel anziehen, vor allem den Drangsängermut der Mannschaften noch zurückhalten, um keine Kräftezersplitterung und keine Gefährdung des Einzelnen eintreten zu lassen.** Eine Hauptaufgabe sei es ihm gewesen, von Grund auf eine Klärung und Scheidung der Geister herbeizuführen. Dies sei gelungen, indem man **Sozialdemokraten und Demokraten restlos aus dem Verbande herausgeschmissen habe!** Die so geschaffene reine Bahn solle durch keine fremde Einmischung in das „Siedlungswerk" gestört werden, denn niemand kenne die eigene „Psyche", sie sei auch niemanden anzuerlernen. Aus diesem Grunde könnte man auch Hauptmann Schmude (von der Regierung mit der Organisation des gesamten Siedlungswesens betraut) keinen Einfluß auf den Gang der Dinge gewinnen lassen, obschon dieser sich bereits etwas „getreten" fühle. (!) Er — Riewitz — sehe folgende politische Entwicklung in Deutschland voraus: **Der Bolschewismus kommt und wird ungehindert und schnell in Ost- und Mitteldeutschland Fuß fassen.** Dieser Tatsache werde ebenso rasch der **Abfall ganz Süddeutschlands**, der Westlande und wahrscheinlich auch Schleswig-Holsteins folgen. Mit diesem Zeitpunkte sei **der Tag des Eingreifens gekommen.** Erste Aufgabe sei es dann, Schleswig-Holstein zu schützen und die **Truppe zu einem Mittelpunkt des Gegenstoßes zu machen,** und dann — nach Erreichung dieses Zieles — werde die **militärische Operation über Schleswig-Holstein hinaus ins Reich getragen werden können, um dem Lande eine Regierung zu geben, die sie** — (die „Grafen-Siedler") — **wünschten, und die ihren Wünschen und Forderungen geneigt wäre.** — Oder mit den ergänzenden Worten des Grafen Schwerin: **wir werden diejenigen sein, welche diese kommende Regierung in den Sattel heben werden!"**

Das sind die Führer eines „friedlichen" Unternehmens, für welches aus Staatsmitteln, also aus Geldern des Steuerzahlers, Millionen und Millionen ausgeworfen werden! Unsummen von Geld in einer Zeit, wo die Regierung aus dem finanziellen Kotzenjammer ewig nicht herauskommt! Unglaublich ist es aber daß Hauptmann Riewitz auf der im Juli stattgehabten Bauernkagung in Rendsburg die gleichen Pläne wiederum in aller Oeffentlichkeit hat darlegen können, ohne daß die Regierung Kenntnis bekommen zu haben scheint! Oder ist dem nicht so?

Wir verlangen mit allem Nachdruck Klarheit und Aufklärung! Wir fordern die unbedingte sofortige Entfernung der Leitung jenes „Siedlungs"-Verbandes. Die Regierung, die jene gräflichen Herren dem deutschen Volke in den Sattel heben wollen, ist uns noch in saftsamster Erinnerung. — Wir danken bestens!

Ein Staatskommissar als Spieler und Schieber.

Der Berliner kommunistischen Roten Fahne übermittelt Kamenew aus Stockholm eine Erklärung Karl Radeks, die noch einmal die Schwindelmeldung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung scharf zurückweist, nach der der russische Vertreter in Berlin Viktor Kopp eine Konferenz mit kommunistischen und unabhängigen Führern in seiner Berliner Wohnung zur baldigen Organisation des Umsturzes aufgefordert haben sollte. Bekanntlich stellte sich sofort heraus, daß die angegebene Wohnung Kopps von ihm selbst seit Wochen aufgegeben worden war und eine Anzahl der als Konferenzteilnehmer genannten Personen an dem Tage sich gar nicht in Berlin aufgehalten hatten. Staatskommissar Weißmann war also wie gewöhnlich — ob gleichgültig oder absichtlich — einem Spitzel aufgesessen.

Radek malt in seiner Zuschrift Herrn Weißmann als — Vermögensschieber ab, wofür wir ihm und der Roten Fahne, die seine Erklärung veröffentlichte, natürlich die volle Verantwortung überlassen müssen. Er sagt, nachdem er seine Inhaftierung im Moabiter Zuchthaus geschildert:

....„Nach mehr als einem Monat meiner Inhaftierung, als das Justizministerium schon die Abnahme meiner Fesseln bewirkt hatte, befahl Herr Weißmann, mir Fesseln während der Spaziergänge anzulegen. Auf meinen und des Untersuchungsrichters Protest wurde dieser barbarische Befehl aufgehoben. Auf einmal änderte sich das Verhältnis des Herrn Staatsanwalts zu mir; er gewährte, obwohl das nicht seine Sache war, verschiedenen politischen Persönlichkeiten Zutritt zu mir, die die deutsche Regierung ganz gewiß nicht gerne bei mir sehen konnte; **das alles als Entgeld für die freundliche Beihilfe bei der Erlangung des Schweizer Paßvisums, die ihm einer meiner Freunde gewährte,** ohne zu wissen, **wie sehr er ihn verpflichtete.** Wir erfuhren die Gründe der überwältigenden Dankbarkeit des Herrn Staatsanwalts bald. Der biedere Hüter der Ordnung hat bei einem Hazardspiel etwa eine Million gewonnen und mußte sie nach der Schweiz verschieben..."

Radek fügt diesen seinen plutokratischen Mitteilungen hinzu:

...„So wie es sich nicht feststellen ließ, daß Herr Strauß durch Schiebergeschäfte Millionen verdient hat, obwohl das der ganzen politischen und geschäftlichen Welt bekannt war, so wie sich das oben Erzählte amtlich nicht feststellen lassen wird, obwohl es allen Kollegen des Herrn Weißmann bekannt ist, wird Herr Weißmann weiterhin seine Spitzelarbeit verrichten ..."

Am Schlusse der Erklärung wird von Radek die Drohung ausgesprochen, daß man im Russischen Auswärtigen Amt die Praxis gegen Viktor Kopp in Deutschland nachzuahmen in der Lage wäre.

Wir wissen nicht, ob Radeks Anschuldigungen den Tatsachen entsprechen. Daß Herr Weißmann das Jeu liebt und praktiziert, ist übrigens in der Freiheit schon öfter offen ausgesprochen worden, ohne daß der Herr sich dagegen gewehrt hätte.

Herr Staatskommissar Weißmann hat durch das Wolffsche Bureau die folgende Mitteilung verbreiten lassen:

„Die in dem angeblich von Karl Radek stammenden Brief, den die Rote Fahne in ihrer Ausgabe vom 20. August d. J. veröffentlicht und den die Freiheit in ihrer Abendausgabe vom gleichen Tage abdruckt, gegen mich erhobenen Beschuldigungen sind sämtlich erlogen und reihen sich würdig den Verleumdungen an, die von bestimmter Seite gegen meine Person ausgestreut worden sind.

Eine Fesselung Radeks während seiner Untersuchungshaft konnte, wie jedem auch nur oberflächlichen Kenner der Strafprozeßordnung bekannt sein dürfte, nicht der Staatsanwalt, sondern nur der Untersuchungsrichter anordnen. Es ist also barer Unsinn, wenn in dem Schreiben behauptet wird, ich hätte die „barbarische Maßregel" angeordnet und erst auf Protest des Untersuchungsrichters aufgehoben.

Die zweite Behauptung, ich hätte verschiedenen politischen Persönlichkeiten, „deren Besuch bei Radek der deutschen Regierung gewiß nicht genehm gewesen wäre", aus „persönlichen" Gründen den Zutritt bei Radek gewährt, ist eine nichtswürdige Verleumdung. Es ist lediglich zwei ausländischen Herren auf Wunsch des Auswärtigen Amtes mit Genehmigung des Untersuchungsrichters der Besuch bei Radek gestattet worden.

Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung:
Dr. Weißmann."

Es ist auffällig, daß Herr Dr. Weißmann auf die Vorwürfe über die Fesselung Radeks und die Genehmigung von Besuchen ziemlich ausführlich antwortet, auf die Schweiz-Reise aber mit keinem Wort eingeht. Gerade diese [illegible] wird aber die Oeffentlichkeit am meisten interessieren. Mit der einfachen Bemerkung, die Beschuldigungen seien „sämtlich erlogen", ist keine genügende Klarheit geschaffen. Man muß also erwarten, daß sich Herr Dr. Weißmann auch zu diesem Punkte der Radekschen Anklage noch bestimmt äußert. Und daß die Regierung die Sache ernstlich untersucht.

Die englisch-italienische Ministerkonferenz.

Luzern, 23. August. Der Sonderberichterstatter der schweizerischen Depeschenagentur meldet: In der Unterredung zwischen Lloyd George und Giolitti gestern nachmittag wurden alle schwebenden Fragen erörtert. Zwischen den beiden Staatsmännern bestand völlige Uebereinstimmung.

In der näheren Umgebung von Lloyd George und Giolitti hat man die Empfindung lebhafter Befriedigung über die bemerkenswerten Resultate der Zusammenkunft. In italienischen Kreisen fügt man hinzu, daß eine Fortsetzung dieser Besprechung Anfang September in Aix-les-Bains stattfinden werde.

* * *

Zur Abwechslung wird jetzt gemeldet, daß die Meldung von einem Zusammentreffen Dr. Simons mit dem englischen Premier gänzlich unbegründet sei.

Allgemeiner Aufstand in Mesopotamien.

Amsterdam, 20. August. Nach einer Mitteilung des englischen Kriegsamtes hat der **Aufstand in Mesopotamien einen ernsten Umfang** angenommen. Er erstreckt sich über **beinahe das gesamte Land;** besonders in den Gebieten nordwestlich und westlich von Bagdad herrschen **schwere Unruhen.** Banden von Arabern haben die **Eisenbahn- und Telegraphenverbindung** von Bagdad nach Kifri **unterbrochen.** Einige Garnisonen an der Strecke sind abgeschnitten. Verschiedene Brücken wurden verbrannt. Südlich von Bagdad blieben die Stämme ruhiger. Die früheren Führer, die besorgt über den Verlauf der Ereignisse sind, wenden jetzt ihren Einfluß an, um die Bewegung einzudämmen.

Zusammentritt des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten?

Dem Leipziger Tageblatt wird aus Berlin gemeldet: Der **Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten** des Reichstages wird **wahrscheinlich am 25. August** zu einer Sitzung **zusammentreten.** Die Fraktionsführer sind bereits entsprechend benachrichtigt worden. Es handelt sich um Ausführung des Antrages der Mehrheitssozialdemokratie auf Einberufung des Ausschusses im Hinblick auf die gespannte politische Lage.

Kleine Auslandsnachrichten.

Kämpfe zwischen Serben und Albanern.

Rom, 20. August. Die Blätter melden, daß es bei Skutari **zwischen Albanern und Serben zu einer Schlacht** gekommen sei. Die **Serben hätten 250 Gefangene,** darunter einen hohen Offizier, verloren.

*

Vom irischen Kampfplatz. Dreizehn Soldaten auf einem Lastautomobil wurden in der irischen Grafschaft Kerry aus einem Hinterhalt angegriffen, zur Uebergabe gezwungen und entwaffnet. Vier Soldaten sind verwundet. — Eine militärische Radfahrerpatrouille wurde bei Ballyggraney angegriffen. Der führende Offizier wurde getötet, vier Mann wurden verwundet, der Rest nach kurzem Kampfe entwaffnet. — Der Zustand der im Hungerstreik verharrenden Sinnfeiner im Gefängnis von Cork war gestern morgen sehr ernst. Drei von ihnen wurden nach dem Militärhospital übergeführt. Die Arbeiter erwägen im Zusammenhang mit dem Hungerstreik die Arbeitseinstellung.

Aufnahme der ungarisch-rumänischen Beziehungen. Nach einer Havasmeldung haben Rumänien und Ungarn durch Vermittlung Frankreichs die normalen Beziehungen wieder aufgenommen.

Ende des italienischen Hafenarbeiterstreiks. Der Streik der Hafenarbeiter ist in ganz Italien abgebrochen worden.

Wilson wieder hergestellt. New York Herald meldet aus Washington: Der Arzt des Präsidenten Wilson habe erklärt, daß der Präsident wieder vollkommen hergestellt sei.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Nast in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pillmann, Vorsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200823/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Fernruf 1410.)

Montag, den 23. August 1920

104. Anrechts-Vorstellung (2. Folge, rot)

Der Trompeter von Säkkingen.

Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiel. Mit teilweiser Benutzung der Idee und einiger Originaltexte aus J. Victor von Scheffels Dichtung von Rudolf Bunge. Musik von Viktor E. Nessler.

(Ohne Ouvertüre.)

Musikalische Leitung: Albert Conrad. Bühnenleitung: Georg Marion.

Personen des Vorspiels: Werner Kirchhofer, stud. jur. (Stef. Kapoff); Conradin, Landsknechttrompeter und Werber (Oskar Laßner); Der Hauptkurfürst der Kurfürstin (Heinrich Scholz); Der Rector magnificus der Heidelberger Universität (Emil Herveling).

Personen der Oper: Der Freiherr von Schönau (Hans Müller); Maria, dessen Tochter (Else Schulz-Dornburg); Der Graf von Wildenstein (Emil Herveling); Dessen geschiedene Gemahlin, des Freiherrn Schwägerin (Lucia Nickel-Schlager); Damian, des Grafen Sohn (Alfred Polgar); Werner Kirchhofer (Stef. Kapoff); Conradin (Oskar Laßner); Diener des Freiherrn (Bernh. Mehlhorn); Ein Bote des Grafen (Karl Leitner); Bootsleute (Bernhard Mehlhorn, Herm. Beyer); Ein Narr (Heinrich Scholz).

Pause nach dem 1. Akt.

Opernpreise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer). **Studenten- und Schülerkarten ungültig.**

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Dienstag, den 24. August: 105. Anrechts-Vorstellung (3. Folge, weiß) **Fidelio.** Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, den 25. August: 106. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, braun): **Der Troubadour.** Anfang 7½ Uhr.

Altes Theater.

Albert-Wagner-Platz. (Fernruf 1410.)

Montag, den 23. August 1920

Die fünf Frankfurter.

Lustspiel in 3 Akten von Karl Roeßler.

In Szene gesetzt von Karl Huth.

Personen: Die alte Frau Gudula (Marie Dallbork); Anselm, Nathan, Salomon, Karl, Jakob, ihre Söhne (Karl Ekert, Gustav Colmar, Wilhelm Walter, Hans Reise-Gött, Eugen Alberer); Charlotte, Salomons Tochter (Marianne Kupfer); Gustav, Herzog von Taunus (Herbert Hübner); Prinzessin Eveline, seine Cousine (Luise Zessing); Fürst von Klausthal-Agordo (Willy Engel); Die Fürstin (Lilly Heller); Graf Fehrenberg-Hofmarschall (Edi. Berger); Frau von St. Georges (Marianne Berger); Baron Sentberg (Werner Harlmann); Kabinettsrat Pfiel (H. Behler); Domherr (R. Rillah); Der Kammerdiener des Herzogs (Friedr. Liedmann); Hofjuweliers Bool (Willy Schwan); Rosa, Lieschen, im Hause der Frau Gudula (Marie Schuppang, Josepha Morgen).

Der 1. und 3. Akt spielt in einem Hause der Judengasse in Frankfurt, der 2. Akt im Schlosse des Herzogs Gustav.

Pause nach dem 2. Akt.

Gewöhnliche Preise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer). Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 9¼ Uhr.

Dienstag, den 24. August: **Minna von Barnhelm.** Anfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 25. August: **Alt-Heidelberg.** Anfang 7½ Uhr.

Theater in der Elsterstraße, Kammerspiele. Fernr. 12300.

Ensemble-Gastspiel des Berliner Residenz-Theaters

7½ Uhr **Heute Montag, den 23. August:** 7½ Uhr

Nur noch 2 Vorstellungen!

Evchen Humbrecht

Sittenschauspiel in 5 Akten nach H. L. Wagner.

Der 1. Akt spielt im Bordell „Zum gelben Kreuz", der 2., 3. u. 4. Akt bei Humbrecht, der 5. Akt bei Frau Marthan.

Vorverkauf bei Aug. Polich, Coppius, Petersstr. u. Theaterkasse.

Dienstag 7½: **Evchen Humbrecht.**

Spielplan: Mittwoch 7½ Uhr Erstaufführung **Das höhere Leben.** Komödie von Hermann Sudermann.

Ballenberg

Varieté. Täglich abends ½8 Uhr: Das grosse **Mess-Varieté-Programm**

Theater. Abends ½8 Uhr: **Das Lorle vom Schwarzwald** Schauspiel von Biron-Pfeiffer. Morgen: **„.... wat ick jern hab"**

Vorverk.: Tagesk. Ztg.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Krystall-Palast Theater

Fernsp. 2471

Täglich abends ½8 Uhr

Der grosse Varieté-Spielplan

Morgen Dienstag, den 24. August 1920:

Grosse Jubiläums-Vorstellung

aus Anlass des 25jährigen Bestehens des ständigen Varietés in unserem Hause.

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.

Täglich Moderne Tanzaufführungen

Blumensäle.

Täglich abends ½8 Uhr

Künstler-Kabarett.

Sonntags 2 Vorstellungen. ½4 Uhr u. ½8 Uhr.

Sächsischer Hof

Leipzig-Schönefeld

Heute: Der beliebte Ball. Anfang 7 Uhr.

Tanz frei.

Film-Palast

L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.

Heute letzter Tag!

Morell, der Meister der Kette

Glanz und Elend

Riesen-Sensations-Drama aus der Verbrecherwelt von Paris in 7 gewaltigen Akten.

Theater in der Elsterstrasse 42

Fernruf 12300 **Kammerspiele** Fernruf 12300

Mittwoch, den 25. August, abends 7½ Uhr

Gastspiel des Berliner Residenz-Theaters

Erstaufführung:

„Das höhere Leben."

Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann

mit **Eugen Burg, Rosa Valetti, Paul Bildt, Olga Limburg, Julius Falkenstein, Hanns Schaffer, Franz Weber.**

Der Vorverkauf hat begonnen bei: **Aug. Polich, Coppius,** Petersstr., **Dietrich,** Bosestraße, und an der Theaterkasse von 10—1 Uhr.

Sanssouci

Heute . . . . . ab 7 Uhr
Donnerstag . . ab 7 Uhr

Ball

Baumanns Gesellschaftshaus Inhaber G. Baumann

L.-Volkmarsdorf, Kirchstraße 32. Fernsprecher 61018 empfiehlt Vereinen seinen Saal, große Vereinszimmer und Garten auch zur Abhaltung von allen Festlichkeiten und Hochzeiten

Anerkannt gute, zeitgemäße Küche, Biere und Weine. [*

Richtiges, gutes Bier und stets Anschluß an Stat und Doppeltopf finden Sie bei **Jos. Skowron,** K.-Heine-St. 104

Sie essen reichlich, gut und billig bei **Jos. Skowron** Li., Karl-Heine-Strasse 104.

Eiskeller

L.-Connewitz Morgen von 7 Uhr an **Feiner Ball.**

Nuß-Schokolade, 100 g 6 Mark. **Kakaohaus Norden** Eutritzsch. Str. 6, Ecke Berl. Str.

Arbeiter-Schwimmverein Leipzig.

E. V.

Dienstag, abends 7 Uhr

Schwimmwart- und Vorstandssitzung

im **Volkshaus.** Sehr wichtige Tagesordn.

Sonntag, den 29. August

Ausflug der Mädchenabteilung nach Machern.

Abf. früh 8 Uhr Hauptbahnh. Proviant u. Badezeug mitbr. Alle übrigen Mitglieder treffen sich von früh morgens an im **Fortuna-Bad Knautkleeberg. D. V.**

Phot. Vergrößerungen in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung fertigt als Spezialität preiswert **Proessdorf** Leipzig: Bayersche Str. 41.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Viktoria), Zimmer 21. Telephon 3426.
Geöffnet von 9—12 und 4—7 Uhr, Sonnabends 9—2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Münzgasse 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Geschirrführer und Arbeiter in den Speditions-, Schwerfuhrwerks- und Kohlenbetrieben.

Mittwoch, den 25. August 1920, abends 7 Uhr, im **Sanssouci,** Elsterstr.:

Versammlung.

Tagesordnung: **Bericht über die Lohnverhandlungen in Dresden.**

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen wird erwartet **Die Sektionsleitung.**

Zentral-Verband der

Maschinisten u. Heizer

sowie Berufsgenossen

(Geschäftsstelle u. Arbeitsnachweis: Hotel Viktoria, IV. Et., Zi. 18 u. 19 (Eing. Bachstr.)) :: Zahlstelle Leipzig :: (Expeditionszeit: vormittags von 8—10 Uhr und nachmittags von 5—7 Uhr.)

Mittwoch, den 25. August 1920, abends ½7 Uhr:

Wichtige Mitglieder-Versammlung

im Gesellschaftssaale des Volkshauses.

Tagesordnung: **Die Lage unseres Verbandes.** Referent: Verbandsvorsitzender Kollege H. Kliebe, Berlin. — Das Mitglied des Verbandsbeirates Kollege M. Ruprecht, Meerane, hat seine Anwesenheit zugesagt.

Allseitiges Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Bauarbeiter-Verband

Telephon: 8076 Bezirksverein Leipzig. Telephon: 8076
Bureau: Gerberstraße 1, III. (Hotel Viktoria), Zimmer 35-37
Geöffnet von 9—1 und 4—6 Uhr, Sonnabends von 8—1 Uhr.

Achtung! Baudelegierte. Achtung!

Mittwoch, den 25. August 1920, abends ½6 Uhr

Sitzung im Volkshaus

Tagesordnung: 1. Welche Aufgaben erwachsen der Organisation aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. 2. Der Tarif von 1920.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen. **Der Vorstand.**

Billige Seefisch-Woche!

Blutfrischer Helgoländer **Angel-Schellfisch** Pfund **1.95** } Gratis Tafel-Senf

Lebendfr. Schollen, Goldbarsch, Kabeljau, Seelachs usw. billigst

ff. Kieler Fettbücklinge . . . . . Pfund 5.50 Mk.

ff. frischgeräucherte Schellfische . . . . . Pfund 3.20 Mk.

Neue Schotten-Vollheringe Pfund 4.75 Mk.
ff. norwegische Vollheringe Pfund 2.25 Mk. } **Gratis!** Bei Einkauf von 3 Pfd. Heringen ½ Pfd. Heringsmilch.

Spezial-Herings- u. Fischwaren-Großhandlung

Tel 60721 **Walter Baumann** Tel. 60721

Wurzner Straße 2a (Grüne Schänke).

Neues Operetten-Theater.

Bosestraße. (Fernruf 2094.)

Montag, den 23. August 1920

Neuheit!

Fräulein Puck.

Schwank-Operette in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach. Musik von Walter Kollo.

In Szene gesetzt von Ludwig Habil.

Musikalische Leitung: Otto Findeisen.

Personen: Adolar, Graf Klaps von Klapperstein (Rudolf Ander); Heinz, sein Neffe (Ernst Badeleck); Theobald, Graf Klaps von Klapperstein (Willy Burg); Adelgunde, seine Gemahlin (Emmy Navarra); Elsbeth, Gräfin Klaps von Klapperstein (Hermann Engelmann); Idylle, seine Gemahlin (Anna Kanitz); Baron Waldi, Heinz's Freund (Fritz Winter); Gust Brandt, Schauspielerin (Therese Klier); Frau Konsul Zoben Alsch (Charlotte Jolland); Pieper, Direktor einer Filmfabrik (Joseph Frankmann); Ein Oberkellner (Karl Einler); Ein Nikolo (M. Pittmann); Ein Studentenmädchen (Charl. Schädrich); Ein Diener (Ring. Rothwald). Jagdgesellschaft, Film-Schauspieler und Film-Schauspielerinnen usw. Der 1. Akt spielt auf dem Schloß des Barons Waldi; der 2. und 3. Akt in einem holländischen Seebad.

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Gewöhnliche Preise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer). **Studenten- und Schülerkarten ungültig.**

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Dienstag, den 24. August: In der Neueinstudierung: **Eine Nacht in Venedig.** Anfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 25. August: **Die Fledermaus.** Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Direktion Fritz Siebner. Fernruf 1060

Montag, den 23. August 1920

Gastspiel Anton Franck.

Zum 74. Male:

Zwangseinquartierung.

Schwank in 4 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.

In Szene gesetzt von Anton Franck.

Personen: Kommissionsrat Anton Schwalbe, Fabrikbesitzer (* * *); Gerhard, sein Neffe (Wilh. Berthold); Matthias Ellermann, sein Kompagnon (Kurt Neukirchner); Helene, seine Tochter (Käthe Franck-Witt); Dr. Hans Hellwig (Karl Kessler); Elsbeth Kerckhoff (Nora Nickisch); Wilhelm Lemke (Werner Braunhoff); Augustchen Klimchen (Olga Beckow); Anna, ihre Tochter, Köchin bei Schwalbe (Fritzi Eggeling); Karl, Diener bei Schwalbe (Kurt Pauline); Frau Wollmann, Portiersfrau (Mel. Krüger-Michaelis)

* * * Kommissionsrat Anton Schwalbe . . . Anton Franck

Ort der Handlung: Eine große Provinzstadt.

Pause nach dem 2. Akt.

Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9¼ Uhr.

Dienstag, den 24. August: Gastspiel Anton Franck: **Zwangseinquartierung.** Anfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 25. August: Gastspiel Anton Franck: **Zwangseinquartierung.** Anfang 7½ Uhr.

Die Zeichnungen für die Theatergemeinde Schauspielhaus werden von jetzt ab täglich von vorm. 10 Uhr ununterbrochen bis abends 6 Uhr an der Theaterkasse und bei F. A. Coppius, Petersstraße, während der Geschäftsstunden angenommen.

Lützerische Straße 8/10. **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 11111.

Leitung Robert Oberweg.

Dienstag, den 24. August, abends 7½ Uhr: Serie 13. **Kyrik-Pyrik.**

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr

Die größte Sensation der Saison!

Gastspiel

Ballett Georges Blanvalet

in

Der Venusberg

Ballettfragment aus der Oper „Tannhäuser".

Vorher:

Der große Meß-Varieté-Spielplan

mit **Max Hansen**

Dänemarks bester Operetten-Komiker.

Vorverkauf Tageskasse (Tel. 33495 und 33543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Kasslers Festsäle

Leipzig-Vo. **Elisabethstrasse 13**

Morgen Dienstag:

Der von zwei Kapellen ausgeführte

beliebte Ball.

Tanz frei.

Eintritt: Damen 2 Mk., Herren 3 Mk.

Schiller-Schlösschen

Heute Montag, ab ½7 Uhr

Großer Dirndl-Ball.

Damen im Dirndl-Kostüm freien Eintritt.

3 Mohren

Inhaber **Bruno Pilarl** Straßenbahnl. 20, 21, 8, 5 u. 6.

Heute Montag **Gr. Erntefest-Ball.**

Bauern-Kapelle. — Stimmung. — Betrieb.

Gosenschlösschen, Eutritzsch.

Heute Montag **Damen-Ball!**

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher

Heinrich Berthold

Lederhandlg., **Leipzig,** Nikolaistr. 20-26

Leder-Ausschnitt

Familien-Nachrichten

Freie Turnerschaft Leipzig-West.

Am 19. August verschied unser treuer Turn- und Sportgenosse **Otto Hofmann.**

Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten. **Der Turnrat.**

Für die wohltuenden Beweise herzlichster Anteilnahme und Liebe beim Hinscheiden unseres innigstgeliebten Sohnes **Arno** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Güntheritz, den 23. August 1920.

Paul Schulze und Frau nebst Kindern und Hinterbliebenen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200823/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. August.

Parteiangelegenheiten.

USPD. Groß-Leipzig.

Die für Dienstag, den 24. August 1920, angesetzte Generalversammlung findet umständehalber erst Sonntag, den 5. September 1920, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus statt. **Der Hauptvorstand.**

Alt-Leipzig, Frauen. Die Vorträge im Jugendheim, Braustraße 17, beginnen nicht, wie irrtümlich angegeben ist, ½8 Uhr, sondern um 8 Uhr.

Vorbereitende Kommission, Gruppe 11. Dienstag, den 24. August, nachmittags 5 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 98.

Kinderschutzkommission.

Mittwoch, den 25. August, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9 Sitzung der Kinderschutzkommissionsmitglieder. Bestimmt und pünktlich erscheinen.

Zentrale der Kinderschutzkommission
J. A.: Schröre.

Mikro-Kursus. Heute Montag, den 23. August, abends ½7 Uhr, Nikolaischule.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut.

T. M. 1920.

Am Tage hastete er in der Stadt umher. In Baracken und Hallen verschwand er. Tauchte wieder auf. Hastete weiter durch die Straßen. Hielt eine Droschke an, stieg ein, fuhr kreuz und quer. Sah, hörte, gestikulierte, sprach sich den Mund schleimig. Schrieb, rechnete, kalkulierte, spekulierte, verrechnete sich. Riß Blätter aus dem Buch, zerknüllte sie, warf sie fort. Wischte sich mit dem Taschentuch den Schweiß von der Stirn. Rempelte die Leute an. Sah nichts, hörte nichts. Hastete weiter, den Hut im Genick, Bügelfalte, Lackschuhe. Eilte ins Speisehaus. Verschlang Braten und Gemüse mit dem Munde und mit den Augen vor ihm ausgebreitete Prospekte, Zettel, Rechnungen, Offerten, Briefe. Gurgelte sein Bier hinunter. Warf dem Kellner das Geld hin. Nahm seine braune Mappe unter den Arm und jagte wieder fort ins Gewühl der fiebernden Geschäfte. Gab Geld und Schecks aus, steckte solche ein. Zerteilte sich in seinen Geschäften. Hatte hundert Augen und hundert profitzitternde Hände. Und sank am Abend wie gerädert im Speisehause in den Stuhl. Bestellt und ißt sein Abendbrot, brennt sich eine Zigarre an und ist fertig mit der Arbeit für heute. Das ist der Meßonkel aus dem Jahr 1920.

Was nun? Theater! Er geht hin. Meßpreise! Macht nichts, es ist da. Er kommt aus dem Neuen Theater. Ein halb elf Uhr. Die Bogenlampen auf dem Augustusplatz glühen. Die Grimmaische Straße ist laut, hell, bunt bewegt. Er ist mitten im Trubel. Nun zur Erholung! — Es lacht und schwatzt um ihn, zieht an ihm vorbei. Dreht sich um und geht kokett weiter. Riecht nach Parfüm, hat seidene Strümpfe an, halbe Lackschuhe und gepflegte Reklamewaden. Schwänzelt, schiebt die glänzende Lacktasche unter die Achsel, tänzelt auf und ab. Und er freut sich. Freut sich, in der Grimmaischen Straße zu sein. Genießt im Sehen und in Vorstellungen. Und da lacht er: die da, Donnerwetter! Was für ein Busen, was für Beine, das wäre was für heute abend. — „Na, Kleinchen?" Sie schiebt das Köpfchen neckisch zur Seite, blinzelt ihn an und prüft ihn auf Herz, Nieren und Seitentasche. Dann gehts zur Erholung. —

Wein! In einer „Diele", die sich vermehrt haben wie Fliegen im Sommer. Wein, Weiber, halbnackte Busen, Schenkel, Blicke, Küsse, Griffe. Sinnliche Wut. Gröhlen, Kreischen, Weingestank! —

Hochkonjunktur, der Weiber! Es geht solange, bis er besoffen ist. Lallend bezahlt er die Zeche. Die Weiber lachen, lassen ihn sitzen und haben genug für Gaumen und Gier.

Da sitzt er, der Messenger-Boy des Kapitalismus. Man zieht ihm seinen Paletot an und er wankt hinaus. In der Grimmaischen Straße an der Ecke der Nikolaistraße lag er und stierte blöd auf eine Zeitung, die er wie lesend vor sich hielt. So traf ich ihn des Nachts um 1 Uhr. Die Leute standen um ihn herum und machten faule Witze. Zwei forsche Dirnchen kamen heran, feixten und traten ihn auf den Bauch. Blöde schaute er ihnen nach, als sie kichernd weitergingen. Da wankte ein zweiter Besoffener heran. Blöd, immer wieder blöd glotzten sie sich an. Im Weindusel erkannten sie, daß sie zusammengehörten. Es war rührend anzusehen, wie einer dem andern half. Der Liegende schob sich an der Wand hoch, und dann lagen sich die beiden Brüder in den Armen. Sie schaukelten und torkelten und grunzten die Grimmaische Straße entlang. In der Hand trug jeder ein Stück zerknüllte Zeitung. Wie Irrsinnige rochen sie daran wie an einem Bukett. Ein Arbeitsloser bot ihnen Zigaretten an. Sie kauften 3 Schachteln für 20 Mark und taumelten auf dem Fahrweg in die Petersstraße hinein. Ein Auto hupte heran und ich riß den einen an der Schulter, sonst hätte er druntergelegen. — Was wäre die Folge davon gewesen? — Dieser besoffene Klumpen hätte keine Ahnung gehabt, was ihm geschehen wäre. Besoffen und prustend wäre er zum Arzt geschafft worden. Beschmutzt und besudelt von seinen Lüsten und seiner Gier hätte er dort seinen letzten weinstinkenden Seufzer getan. Und am andern Tage hätte man in den L. N. N. von einem bedauerlichen tödlichen Unfall eines Meßfremden lesen können. Mich ekelte vor diesem schnaubenden Geschöpf, der in seiner massigen Plebejergröße wie ein besoffener Bulle aussah.

Stinkend ist die Moral der kapitalistischen Profitjagd zur Messe. Stinkend ist die Moral der Genußsucht während der Messe. Jener brutalsten, ordinärsten Orgie des Kapitalismus. Und Orgien feiert er am Tage und des Nachts Bacchanale schmutzigster Art. In einer stillen, dunklen Straße hockten einige Proleten, Arbeitslose offenbar. Sie sprachen und lachten, fluchten im gewöhnlichsten Volkston. Aber mir tat es wohl. Hier hatte ich wenigstens nüchterne Menschen mit klarem Sinn vor mir. Und ich fühlte die Kluft zwischen diesen und jenen besoffenen Geschöpfen riesig gähnen. Ekel schüttelte mich, als ich jenen Lüstling im Geiste vor mir auf der Straße liegen sah. Im Schmutze der Straße. Er, der am Tage, Arbeitslosen, also Objekten, seine Schilder in die Hand gab und sie für ihn Reklame machen ließ. Da lag er. Besinnungslos, ohne Urteilsfähigkeit. Wie ein Stier, dem man einen Schlag vor seinen Hirnkasten gegeben hatte. Ich mußte das Wasser ausspeien, das mir vor Ekel im Munde zusammengeflossen war. Keine Wut empfand ich, keinen gerechten Zorn, aber Ekel, Ekel.

Bruno Apitz.

Staatliche Wohnungsbeihilfe für Leipzig.

Bekanntlich hat der sächsische Staat 50 Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, die als Beihilfedarlehen den Gemeinden zugewiesen werden. Die Stadt Leipzig soll von diesen 50 Millionen 3 Millionen erhalten. Das ist aber viel zu wenig, denn Leipzig zählt 620 000 Einwohner, das sind mehr als 13 Prozent der Einwohner Sachsens, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 4 670 000 betrug. Leipzig hätte also bei prozentualer Verteilung der 50 Millionen mindestens 6,5 Millionen erhalten müssen. Wenn aber bei der Verteilung nicht rein schematisch, sondern nach den Bedürfnissen der Gemeinden vorgegangen würde, dann müßte Leipzig noch mehr als 6,5 Millionen bekommen, denn erfahrungsgemäß ist die Wohnungsnot in den Großstädten am schlimmsten und sozial am verhängnisvollsten. Die Großstädte ziehen auch viele Leute an, die gerade nach dem Kriege hoffen, sich hier eine neue Existenz gründen zu können. Leipzig hat dadurch besondere Schwierigkeiten.

Abgesehen von der großen Zahl der nach und nach untergebrachten hier zugezogenen Familien sind gegenwärtig als dringlich zur Unterbringung vorgemerkt 98 Flüchtlingsfamilien und 169 Familien hierher versetzter Beamter. Darüber hinaus sind als Zugang von auswärts noch vorgemerkt 634 Familien, die zum Teil hier schon notdürftig wohnen und mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten ihres Erwerbs oder wegen sonstiger Verhältnisse um Beschaffung von Wohnungen drängen.

Weit größer ist naturgemäß die Zahl der Leipziger Familien, die Wohnungen brauchen. Ein Bild darüber gibt die nachstehende Uebersicht:

an Altverheirateten sind zur Unterbringung dringlich vorgemerkt	1734 Familien
an Jungverheirateten sind zur Unterbringung dringlich vorgemerkt	395 „
an Altverheirateten, die in absehbarer Zeit eine Wohnung brauchen, sind vorgemerkt	685 „
an Jungverheirateten, die in absehbarer Zeit eine Wohnung brauchen, sind vorgemerkt	3500 „
zusammen	6314 Familien

Insgesamt sind demnach Wohnungen zu beschaffen für 7000 Familien. Angesichts dieser Zahl bedeuten die 3 Millionen Mark eine ganz geringe Hilfe; es kann mit ihnen nur der zehnte Teil des wirklichen Wohnungsbedarfs gedeckt werden.

Wenn die Regierung die Verteilung der 50 Millionen wirklich nach dem Bedarf der Gemeinden vornehmen will, dann muß sie Leipzig weit mehr berücksichtigen, als sie jetzt vorgesehen hat. Der Stadt wird ohnehin noch genug zu tun übrigbleiben, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen will.

Proteste gegen die Schuhpreiserhöhung.

Der Verband Deutscher Schuhwarenhändler erläßt folgenden Protest gegen die Schuhpreiserhöhung: An alle an der Schuherzeugung und deren Vertrieb beteiligten Gewerbszweige. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Preise für die zur Erzeugung notwendigen Rohstoffe und Vorfabrikate eine steigende Richtung einzuschlagen beginnen, wodurch die Schuhwarenpreise anstatt der erwarteten Senkung eine weitere Steigerung erfahren müssen.

Als berufene Vertretung des organisierten Schuhhandels erklären wir hiermit öffentlich, daß die Kaufkraft der breiten Schichten der Verbraucher für etwaige weiteranziehende Schuhpreise nicht ausreicht. Die allgemeine Erschöpfung der Kauffähigkeit des Publikums hat mit Recht allenthalben Bestrebungen gezeitigt, die Preise noch tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen Entwickelung der Fall war. Wenn statt dessen bei Schuhwaren demnächst höhere Preise in die Erscheinung treten sollten, so würde der Kleinhändler hierdurch den schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden, weil bei ihm die Warenverteuerung am augenfälligsten und unmittelbar in die Erscheinung tritt. Wie die Vorgänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der Kleinhändler von dem Käufer für die Preissteigerung verantwortlich gemacht. Diese irrige Auffassung hat sich bekanntlich in letzter Zeit sogar in Plünderungen der Läden und gewaltsamem Preisabbau geäußert.

Als die Vertretung des von weiteren Preissteigerungen in erster Reihe gefährdeten Standes müssen wir daher unsre warnende Stimme erheben und hiermit öffentlich erklären, daß der Schuhhandel fest entschlossen ist, weiteren Preissteigerungen für Schuhwaren den größten Widerstand entgegenzusetzen. Er fordert hiermit aber auch alle an der Herstellung und dem Vertrieb der Schuhwaren beteiligten Kreise auf, gleich ihm die Ablehnung höherer Preise und den von ihm damit beabsichtigten Druck auf eine Preissenkung auch auf ihre Vorlieferanten zu übertragen. Nur durch ein solches einheitliches Verhalten und Vorgehen aller Glieder der Schuherzeugung und des Schuhvertriebes bis zum Rohstoff hinab wird erreicht werden, daß der tatsächlich vorhandene und wiedereinsetzende Bedarf nicht zu spekulativen Aktionen und unbegründeten Preistreibereien mißbraucht wird.

Arbeitsgemeinschaft der Schuhhandelsverbände:
Verband Deutscher Schuhwarenhändler E. V., Sitz Berlin.
Central-Verband Deutscher Schuhwarenhändler E. V., Sitz Erfurt.

Der „Bund Deutscher Schuhmacher-Innungen" beschloß auf seinem am 8. und 9. August in Weimar stattgefundenen Verbandstag folgende Erklärung:

Das Schuhmacher-Handwerk bedauert die furchtbare Wirkung der sinnlosen Preistreiberei auf dem Ledermarkt auf das tiefste und ist sich der ihm dadurch gegenüber dem Verbraucher auferlegten Verantwortung voll bewußt. Es liegt im besonderen Interesse der gesamten Bevölkerung und des Schuhmacher-Handwerks, wenn auf dem Häute- und Ledermarkt raschest ein dauernder Preisstand herbeigeführt wird, der auch für das Volksganze für das in hygienischer und materieller Hinsicht so ganz besonders wichtige Erzeugnis „Schuhwerk" einen den Verhältnissen entsprechenden Preis zuläßt.

Teuerungszahlen für Leipzig.

Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindestaufwand einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren bestehenden Familie in je vier Wochen in Leipzig (in Mark):

1. für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung: Teuerungszahlen I (T 1),
2. für Genußmittel, Körperpflege, Kleidung (ohne Neuanschaffungen), Ersatz an Wirtschaftsgegenständen, Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke, Abgaben: Teuerungszahlen II (T 2),
3. für alle wichtigeren Lebensbedürfnisse (ohne Neuanschaffungen und Kleidung): Gesamtteuerungszulagen (T 1 + T 2):

	(T 1)	(T 2)	(T 1 + T 2)
vom 5. 7. bis 1. 8. 20	780	448	1228
„ 12. 7. „ 8. 8. 20	784	448	1232
„ 19. 7. „ 15. 8. 20	792	448	1240
„ 26. 7. „ 22. 8. 20	803	444	1247

Der in den vorhergehenden Wochen beobachtete Rückgang der Teuerungszahl I hat nicht angehalten, vielmehr ist die Zahl wieder ein wenig gestiegen. Auch bei der Teuerungszahl II kann von einem merklichen Rückgang nicht gesprochen werden.

Die Teuerungszahlen I sind nach der Anweisung der Reichsstatistik, die Teuerungszahlen II nach den vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig aufgestellten Grundsätzen, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Groß- und Kleinhandels berechnet, vergleiche Dr. Lübstorff, Preise und Kosten der Lebenshaltung in Leipzig, in Heft 1 und 2 der Mitteilungen des Statistischen Amtes (Verlag von Wilhelm Schunke, Roßbergsche Buchhandlung in Leipzig; Preis 3 Mk. und 20 Prozent Teuerungszuschlag).

Ratsbeschlüsse.

Stadtrat Esche †. Zu Beginn der Gesamtratssitzung gedachte Herr Bürgermeister Roth des Ablebens des Stadtrats und Ehrenbürgers der Stadt Leipzig Gustav Esche mit wärmsten Worten des Dankes und der Anerkennung. Zu Ehren des Verstorbenen, der sich jede Trauer und jeden Nachruf verbeten hat, erhoben sich die Anwesenden von den Sitzen.

Dem Straßenbahnpersonal wird mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli ab die den anderen städtischen Arbeitern bereits bewilligte 5prozentige Lohnzulage sowie eine Kinderzulage in Höhe von 30 Mk. monatlich gewährt.

Der Schulbeginn in den Volksschulen. Es wird beschlossen, vom 1. September d. J. ab in den Volksschulen den Schulbeginn auf 8 Uhr morgens festzusetzen. Ausgeschlossen hiervon bleiben

---

Die Studentin oder Neubau.

10] Von August Strindberg.

Das Allerheiligste.

In der Kindheit der Gesellschaft, ehe die Arbeitsteilung eine Ober- und eine Unterklasse geschaffen hatte, war die Erde die Mutter aller. Der Stamm besaß sein Territorium ungeteilt, oder teilte es in Lose, wie bei den Landwirten, zur Benutzung auf gewisse Zeit, ohne das Eigentumsrecht aufzugeben. Solchen Kommunismus haben wir in dem russischen Mir oder der Dorfschaft, und unser Vaterland besitzt ungefähr vierzig Millionen legalisierte Kommunarden. Daß das Glück trotzdem bei unserem armen Muschik nicht gedeiht, das kommt von etwas anderem, dem gerade jetzt abgeholfen werden soll. Als nun die siegende Oberklasse ursprünglichen Kommunalgrund und -boden in Beschlag nahm, will sagen, Diebstahl beging, wurde im selben Augenblick der Diebstahl für heilig erklärt. Das gestohlene Eigentum wurde für die Oberklasse heilig; aber die Unterklasse, die dem Beispiel folgen und das Gestohlene zurücknehmen wollte, mußte neue Steuern an Gefängnisse bezahlen. Es war also nichts Rechtes mit der Entstehung der Heiligkeit.

Inzwischen wurde das entwendete Eigentum immer mehr und mehr Ansprüchen auf Heimzahlung ausgesetzt. Die Heiligkeit wuchs. Jetzt kann man den Zaren erschießen, Gott leugnen, das moralische Gesetz angreifen und doch unter Staatsschutz stehen wie wir in der Schweiz, greifen wir aber das Eigentum an, so werden wir ausgeliefert. Das Eigentum ist also heiliger geworden, als der Zar, als die Moral, als Gott.

Aber die Zeit ist vorwärts gegangen, und die Schlinge um den Hals der Oberklasse ist zugezogen worden. Unsere Zeit hat drei große Angriffe rechtskräftig gemacht: konstitutionelle, kaiserlich-königliche und kongreßliche Angriffe auf das Eigentum. Der erste war bekanntlich die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland (die Leibeigenen waren Eigentum); der zweite die Befreiung der Neger in Amerika (die Neger waren Eigentum und also heilig); der dritte, den wir jeden Tag vor Augen sehen, wird die Enteignung genannt. Mein Vater hatte eine Besitzung und einen sehr schönen Garten, den er liebte. Er hatte jeden Baum selbst aufgezogen, jeder Strauch war ihm Freund. Er wollte ihn nie verkaufen, denn er liebte ihn, wie man ein lebendes Wesen liebt. Eines Tages kommt der Ingenieur einer Eisenbahngesellschaft und haut alle Bäume nieder, reißt alle Sträucher aus. Vater weinte und fluchte. Der Ingenieur sagte, der Grund und Boden sei enteignet, und Vater werde ihn vom Semstwo bezahlt erhalten. Vater wollte seinen Garten nicht verkaufen, wollte ihn nicht bezahlt haben. Da nahm man ihn.

Diese großen Beispiele haben die Heiligkeit des Eigentums erschüttert. Nicht als ob die Menschen der Zukunft es wie der Staat machen und nehmen werden; sie werden im Gegenteil geben. Aber das werden wir erst dann sehen, wenn alle die Vorteile davon eingesehen haben, daß niemand besitzt, was er morgen verlieren kann, sondern daß alle besitzen, was sie nicht verlieren können.

Aber ich will jetzt die „moralische Seite" des Eigentums betrachten, die vielleicht am meisten von allem zu dem unmoralischen Zustand der Gesellschaft beigetragen hat.

Der Begriff und das Gefühl des Besitzes hat unser ganzes Seelenleben durchdrungen, hat unseren Egoismus übertrieben. Selbst unsere Gedanken sind Gegenstand unseres Geizes geworden. Der Gelehrte brütet auf seiner Entdeckung, weil sie ihm Ehre, nicht weil sie der Menschheit Nutzen bringt; der Erfinder beeilt sich, ein Patent zu nehmen, um die Menschheit daran zu hindern, Nutzen aus seinem Werk zu ziehen; der Priester, der Diener des Herrn, reißt sich um Brot und hohe Aemter; ja einige gehen wie Café-chantant-Sängerinnen mit einem Teller in der Kirche umher, was sie nicht hindert zu sagen, Ingersoll tue seine Großtat des Geldes wegen. Der Volksvertreter, der im Reichstag die Wahrheit sagen soll, zögert zweimal, ehe er das Wort ausspricht, denn hinter ihm grinsen seine Gläubiger: der Zeitungsmann, der das Beil an die Wurzel des morschen Baumes setzen soll, windet sich wie ein Wurm, ehe er zuhaut, denn er sieht Weib und Kind die Köpfe darunter legen. Wegen Weib und Kind! Wie mancher Wille ist ihretwegen gebrochen, wie manche Seele verblutet! Der Mann ist das Eigentum, der Leibeigene, der Wirt der Familiengemeinde, und darum — wie listig — hat die Oberklasse ihm das Stimmrecht und die scheinbare Leitung in die Hand gegeben, denn sie weiß, daß er die Kette ums Bein hat. Um wieviel freier würde sich das Weib in der Oeffentlichkeit bewegen, sie, welche die ökonomische Stütze hinter sich hat. Was ihre Stärke ist, ist des Mannes Schwäche. Darum ist die Stellung des Weibes freier als die des Mannes, und darum ist es kühner. Wenn der Mann sich vom Ladenbesitzer mit der Ware prellen läßt und es vermeidet, Lärm zu schlagen, um sich keinen Feind zu schaffen, so wirft das Weib ohne Umstände dem Schelm die Ware ins Gesicht.

Aber der Eigentumsbegriff hat sich auch in unsere heiligsten Gebiete eingeschlichen, heiligste, weil die Natur sie abgesteckt hat. Der Jüngling wirft seine Augen auf ein Mädchen; er gefällt ihr, ihre Seelen lieben einander, aber es ist eine kleine Hauptsache übrig, welche die Hauptsache ist: hat er Geld? Nein! Dann muß er gehen! Die Kinder, die das Eigentum der Gesellschaft sein sollten werden als Privateigentum der Eltern behandelt, mit der Aufgabe wenn sie klein sind, die Eltern mit ihrem Geplauder, ihren Liebkosungen zu unterhalten, wenn sie älter werden, ihnen „Ehre" zu machen, und, warum nicht, Geld einzubringen. Die Gatten, die geschworen haben, einander „anzugehören", fangen bald durch die Macht der Gewohnheit an, sich gegenseitig als Angehörigkeit, als Eigentum zu betrachten.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater. (Tannhäuser.) Die Wagnersche Oper hat endlich einen würdigen szenischen Rahmen erhalten. Die Bühnenbilder Prof. Baranowskys, die die gestrige, auch musikalisch und darstellerisch sehr gelungene Aufführung einrahmten, tun dem Auge wohl. Diese Venusgrotte atmet Unirdisches, Schleier, Licht und Bild wirken glücklich zusammen, den Eindruck eines Märchenortes zu erwecken. Wenn die Regie Schaeffers es verstanden hätte, den Anweisungen Wagners gemäß in den

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200823/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nur die Monate Juni, Juli, August, in denen weiterhin wie bisher der Unterricht um 7 Uhr beginnen soll.

Nachbewilligt werden a) 70 000 Mk. zur Einreihung der Angestellten der Rettungsgesellschaft in die Vergütungsordnung der Stadt, b) 6973 Mk. zur Deckung des Fehlbetrags der Leipziger Krippen, c) 16 000 Mk. zur Beschaffung von Schläuchen für die Feuerwehr.

Die Markthallenwirtschaft wird dem Gastwirt August Franke verpachtet.

Gohlis. Die Kloake am Petersteinweg benutzt nach alter lieber Gewohnheit die „Cöthner Räteherrlichkeit" dazu, sich wieder einmal gründlich gegen die U. S. P. auszustinken. Nach dem Bericht der N. N. haben die Kommunisten im „stillen Verein mit den Unabhängigen" abermals versucht, den allgemeinen Umsturz herbeizuführen. „Magdeburg, Halle, Dresden und natürlich auch Leipzig hätten mit den Schönheiten des Rätesystems beglückt werden sollen" usw. Zwar müssen die Nachrichtenschwindler selbst berichten, „daß das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie und die Zentrale der Kommunistischen Partei in allen größern Städten Deutschlands, so auch in Leipzig, gleichlautende Warnungen an die Arbeiterschaft vor törichten Putschen verbreitet haben, aber", so schreiben die Nachrichten, „das soll doch ganz offenbar nur ein sehr durchsichtiger Versuch sein, den Verdacht von den eigenen trüben Machenschaften abzulenken". Die Hintermänner der Nachrichten, die Schutzherrn und Auftraggeber der Spitzel, haben in letzter Zeit viel Pech gehabt, ihre schmutzigen Pläne scheiterten an der Wachsamkeit der Arbeiter. Aus Ärger darüber und um die Spuren der Spitzelarbeit zu verwischen, stinkt sich die Kloake am Petersteinweg wieder einmal gründlich aus. Bedauerlich ist nur, daß es noch Arbeiter gibt, die dieses Blatt unterstützen.

Ein Leipziger in Wilhelmshaven erstochen. Wie die Presse mitteilt, ist in Wilhelmshaven der Matrose Waldemar Knaust aus Leipzig-Gohlis erstochen worden. Der Viehhändler Scheepke hatte im Streite seinen Freund, einen Gastwirt, niedergestochen. Auf dessen Hilferufe verfolgten Matrosen den jähzornigen Scheepke. Bei seiner Festnahme stach der Viehhändler den Matrosen so schwer in den Unterleib, daß er noch in der Nacht verstarb.

Neue Markscheine. Die Reichsschuldenverwaltung hat neuerdings Darlehenskassenscheine zu 1 Mk. vom 12. August 1914 ausgegeben, die an Stelle des roten Nummern- und Stempelaufdruckes einen solchen aus blauvioletter Farbe tragen. Die sonstige Ausführung ist unverändert geblieben.

Eine stark beschäftigte Industrie. Die Briefmarkennot hält an. Kürzlich waren in Berlin bei den Postämtern 9, 11, 48 und 61 weder Marken zu 5 noch zu 10 Pf. zu haben. Erst nach einer Rundfrage bei allen diesen großen Aemtern konnte das Postamt 1 Marken zu 2½ Pf. zur Verfügung stellen, der Erwerb aber eine gewisse Vorsicht erheischt, da sie mit Ende dieses Monats ihre Gültigkeit verlieren und auch nicht mehr umgetauscht werden. Größere Werte, besonders zu 40 Pf., sind in Berlin zu haben, nicht aber in den Vororten. Den Grund der Knappheit bildet natürlich die Ueberlastung der Reichsdruckerei. Dazu führt die Erhöhung der Postgebühren ohne die nötigen Vorräte an entsprechenden Wertzeichen, die Ansprüche der Reichsbank auf Papiergeld verschiedener Art, die Herstellung von neuen Steuerzeichen, wie den Steuermarken, die Lieferung von nicht weniger als 450 neuen Sorten von Invalidenmarken usw.

Die Arbeit der Frau in der Berufszählung. Die Arbeit der Hausfrau ist durch den Krieg überaus erschwert worden. Weit mehr Mühe und Zeit erfordert die Beschaffung von Lebensmitteln und Heizmaterial, die notwendige Sparsamkeit sowie die vermehrte Flick- und Stopfarbeit. Dr. Margarete Bernhard verlangt jetzt eine Anerkennung dieser wichtigen Arbeit in der Berufszählung. Zusammen mit Frau Gnauck-Kühne verlangt sie eine neue Gruppe E „häusliche Berufsarbeit". Unterabteilungen sollen hier bilden: Hausfrauen, leitende Angestellte, Erziehungspersonal, sonstige Gehilfen und Angehörige. Diesen Vorschlägen schließt sich auch Else Lüders, Referentin im Reichsarbeitsministerium an, ohne daß damit amtlich Stellung genommen werden soll.

Die Elternratswahl der 5a. Volksschule zu Connewitz. Wahlberechtigt 1732, abgegebene Stimmen 639, Wahlbeteiligung 37 Prozent. Es haben erhalten: Unpolitische Liste 339 Stimmen, 5 Sitze; U. S. P. D.-Liste 246 Stimmen, 4 Sitze; S. P. D.-Liste 54 Stimmen, keinen Sitz.

In den 17 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 9. bis 14. August die Speisenabgabe auf 32 401 Mahlzeiten gegenüber 34 728 in der Woche zuvor.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Hoffmann, Wächterstraße, von 10 Uhr an auf alle Nummern: Knoblauchswurst, das Pfund 3,8 Mk. und Blutwurst, das Pfund zu 4 Mk.

Polizeinachrichten.

Unfälle. Am 19. d. M., vormittags gegen 8 Uhr, ist in einem Grundstück in der Nikolaistraße ein 59jähriger Fahrstuhlführer ungefähr 6 Meter tief in den Fahrstuhlschacht abgestürzt. Er wurde durch die Feuerwehr aus seiner Lage befreit und starb auf dem Transporte nach dem Krankenhaus an den erlittenen Verletzungen. Ob ein fremdes Verschulden vorliegt, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. — Am gleichen Tage kurz nach 12 Uhr mittags ist ein 6jähriges Mädchen in den Schwanenteich gefallen. Ein hinzukommender Schutzmann zog das bereits bewußtlose Kind heraus und stellte sofort Wiederbelebungsversuche an, die glücklicherweise von Erfolg waren. Das Kind wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht. Später hat es angegeben, von einem gleichaltrigen Mädchen hineingestoßen worden zu sein. Die Untersuchung wird darüber Aufklärung schaffen. — Endlich ist gegen 7 Uhr nachmittags an demselben Tage eine in der Waldstraße wohnende Privata an der Kreuzung Brühl—Nikolaistraße von einem Radfahrer umgerissen worden. Dadurch erlitt sie eine stark blutende Verletzung am Hinterkopfe. Mit Rettungswagen wurde sie zunächst nach der Sanitätswache am Hauptbahnhof und von da nach ihrer Wohnung gebracht. Fremdes Verschulden soll in diesem Falle nicht in Frage kommen.

Helft die Schaufensterscheiben vor Bubenhänden schützen! In letzter Zeit ist es, namentlich in der inneren Stadt, wiederholt vorgekommen, daß große Schaufensterscheiben, nachts durch Bubenhände mit Glaserdiamanten oder sonstigen scharfkantigen Gegenständen angeritzt und auf diese Weise beschädigt, wenn nicht gar unbrauchbar gemacht wurden. Dadurch erwächst den Geschäftsinhabern ein beträchtlicher Schaden, wenn man berücksichtigt, daß eine große Spiegelscheibe jetzt ein kleines Vermögen kostet. Um nun dem geschilderten Unfuge in erfolgreicher Weise steuern zu können, wird das Publikum, auf dessen Unterstützung die Polizei in derartigen Sachen in besonderem Maße angewiesen ist, dringend gebeten, auf Personen, die sich in auffälliger Weise an Schaufensterscheiben zu schaffen machen, ganz besonders zu achten und sie möglichst auf frischer Tat festnehmen zu lassen.

Drei Mädchen als Zeuginnen gesucht! Am 17. August, abends gegen ½7 Uhr, wurde von einem Schutzmann in der Hainstraße ein aus dem Grundstück 21 heraustretender Mann beobachtet, dem drei größere Mädchen nachliefen. Als jener den Beamten erblickte, verschwand er schleunigst im Durchgange des Grundstückes Nr. 23. Dem Beamten fiel das auf, er fragte deshalb eines der Mädchen, ob sie etwas mit dem Manne zu tun hätten, und erfuhr von ihm, daß jener ihnen nachgelaufen sei und gesagt habe, sie sollten einmal mitkommen. Da der Verdacht bestand, daß der Mann irgend etwas Strafbares mit den Mädchen vorhatte, wurde er verfolgt und es gelang auch Dank der Aufmerksamkeit eines Passanten, ihn am Ranstädter Steinweg anzuhalten und seine Personalien festzustellen. Zur Aufklärung des Vorganges machen sich noch weitere Erörterungen notwendig und es ist daher erforderlich, daß sich jene drei Mädchen unverzüglich bei der Kriminalabteilung melden.

Verhaftete schwere Jungen. Vor einigen Tagen war in einem nördlichen Stadtteil ein Einbruchsdiebstahl verübt worden, wobei den Tätern Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schmucksachen im Werte von rund 70000 Mark in die Hände gefallen waren. Der Kriminalpolizei gelang es, die Täter und Hehler festzunehmen und einen großen Teil der bei den Einbrüchen gestohleenn Sachen wieder zur Stelle zu schaffen. Besonders muß dabei erwähnt werden, daß der Hausmann des betr. Grundstücks in voller Kenntnis des unredlichen Erwerbes bei dem Verkaufe der gestohlenen Sachen unerhörterweise mitgewirkt hat, wofür er von den Einbrechern großmütig entlohnt worden ist. Den Tätern konnten bis jetzt nicht weniger als 15 größere Einbruchsdiebstähle nachgewiesen werden, die sie in allen Stadtteilen begangen hatten.

Aus der Umgebung Leipzigs.

k. **Lindenthal.** Aus dem Gemeinderat. In der öffentlichen Sitzung am 19. August in der Schulturnhalle besprach Gemeindevorstand Lätzsch die 50prozentige Mietsteigerung des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins sowie der Eisenbahn-Baugenossenschaft. Als Begründung führten beide an, „daß zur Deckung des bereits ins Ungeheuerliche gestiegenen Bedarfs an Steuern die Gemeinde Lindenthal beabsichtige, die Grundsteuer von 4 Mk. pro Tausend auf 12 bis 15 Mk. zu erhöhen. Ebenso wolle der Staat 10 Mk. pro Tausend erheben. Auch der Wasserzins solle von 25 auf 70 Pfg. erhöht werden". Der Gemeindevorstand kritisierte in schärfster Weise die Behauptung, daß der Bedarf der Gemeinde ins Ungeheuerliche gestiegen wäre. Auch ist in der Bemessung der Höhe des Grundsteuersatzes noch kein Gemeinderatsbeschluß gefaßt. Er habe nur vor einigen Wochen auf Anfrage eines Herrn aus der Baugenossenschaft im Gemeinderat seine persönliche Meinung vertraulich ausgesprochen, daß vielleicht mit 12 bis 15 Prozent Grundsteuer gerechnet werden könne. Nur auf diese vertrauliche Mitteilung hin ist die große Mietsteigerung im ganzen Orte erfolgt. In der Mieterschaft ist eine große Aufregung entstanden und sind auch schon Proteste beim Mieteinigungsamt Leipzig eingelegt worden. — In der folgenden Aussprache wurde die Aktion als Auftakt zur bevorstehenden Gemeinderatswahl bezeichnet; denn die Haus- und Grundbesitzer bezichtigen die Mehrheit im Gemeindeparlament — und das sind die Vertreter der USP. — als Schuldige an der Finanzmisere. Daß der Krieg die Ursache aller Nöte ist, vergessen die Herren. Es wurde allen Mietern geraten, sofort Einspruch gegen die Mietsteigerung beim Hauswirt einzulegen, da sonst stillschweigendes Einverständnis angenommen wird. Die Steigerung ab 1. Oktober ist jetzt, mitten im Quartal, ungesetzlich, sie könnte frühestens am 1. Januar einsetzen. Das Vorgehen der Haus- und Grundbesitzer zeigt aber, daß durch das Abwälzen der Steuern auf die Mieter aus der direkten Grundsteuer eine indirekte Steuer wird. Ob die Fraktion der USP. einer solchen Steuer, die die Arbeiter so sehr belastet, zustimmt, ist sehr fraglich. — Bei der Beratung des großen Projekts der Regierung betreffs Braunkohlenabbaus in unserm Bezirk wurde beschlossen, gegen ein Bauverbot für unsern Ort zu protestieren, sofern mit dem Abbau der Kohle im Orte noch 30 bis 40 Jahre gewartet wird. — Zu dem geplanten Personen- Kraftwagenverkehr Leipzig—Lindenthal—Landsberg nimmt der Gemeinderat eine abwartende Haltung ein. — Ein Gesuch der Erwerbslosen ist durch gesetzliche Regelung teilweise überholt, im übrigen soll die zu erwartende Verbilligung der Lebensmittel für Erwerbslose durch das Reich abgewartet werden. — Die Amtshauptmannschaft verlangt für die Unterbringung von sieben Ferienkindern 1200 Mk. Erhöhung der Verpflegsätze. Der Gemeinderat lehnt dies ab und verweist die Sache zur anderweiten Regelung an den Wohlfahrtsausschuß. — In der Kartoffelversorgung soll durch Aushang die Einwohnerschaft aufgefordert werden, bis 27. August bei der Gemeinde ihren Kartoffelbedarf anzumelden. Die bestellten Kartoffeln müssen bestimmt abgenommen werden; wer jetzt nicht bestellt, hat später keinen Anspruch auf Belieferung.

Sächsische Angelegenheiten.

Auflösung der Orgesch in Sachsen angeordnet.

Nachdem seit ungefähr 14 Tagen in der Presse darauf hingewiesen worden ist, daß die Orgesch auch in Sachsen eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet, hat nun endlich auch das Ministerium des Innern Kenntnis davon erhalten, daß auch in Sachsen versucht wird, eine Organisation des Selbstschutzes von Gemeinden und Städten, wie sie in Bayern unter der Bezeichnung „Orgesch" und teilweise auch in Preußen durchgeführt ist, zu bilden. Die Polizeibehörden sind daher gestern angewiesen worden, allen solchen Bestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten und bereits bestehende „Orgesch"-Organisationen aufzulösen.

Aus der Staatskanzlei wird mitgeteilt:

Jeder Versuch, Personen zu Verbänden der vorgenannten Art zusammenzuschließen, wird als ein Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai d. J., betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen, angesehen und demgemäß mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Gefängnis bestraft werden müssen. Als zulässige Selbstschutzeinrichtungen der Gemeinden können nur solche angesehen werden, die den vom Ministerium des Innern unter dem 3. Mai d. J. erlassenen Richtlinien über die Bildung des Ortsschutzes entsprechen. Die „Orgesch"-Organisationen entsprechen diesen Richtlinien nicht und würden daher schon aus diesem Grunde unzulässig sein. Die Auflösung der „Orgesch"-Organisationen ist überdies deshalb notwendig geworden, damit nicht bis zum Bekanntwerden der Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz sich neue bewaffnete Organisationen bilden, die dann auf Grund dieser Bestimmungen doch aufgelöst werden müßten. Das Bestehen von „Orgesch"-Organisationen widerspricht den in Spa mit den Verbandsmächten getroffenen Abmachungen.

Der Fall Berger vor dem parlamentarischen Ausschuß.

Der Fall Berger, der sich immer mehr zu einem Justizskandal schlimmster Art auswächst, soll nun den parlamentarischen Ausschuß der sächsischen Volkskammer beschäftigen. Nach einer Dresdner Meldung des Leipziger Tageblattes hat die Regierung beschlossen, für Anfang dieser Woche den palamentarischen Ausschuß zu berufen, um ihm den Fall Berger vorzulegen. Praktisch wird dabei nicht viel herauskommen als eine abermalige Kritik und Verurteilung der sächsischen Justiz. Die Ausschußmehrheit kann — und das wird sie zweifellos gegen den Widerstand der bürgerlichen Vertreter tun — die Forderung auf schnelle Untersuchung und exemplarische Bestrafung des Reichswehrspitzels nachdrücklich zu fordern und zu unterstützen. Es bleibt nur abzuwarten, welche Wirkung dieser Druck auf die reaktionären Justizbehörden ausüben wird, deren Machtbewußtsein bisher gerade durch das Verhalten der sächsischen Regierungsstellen erheblich gestärkt worden ist.

Amtlich wird gleichzeitig gemeldet, daß das Oberlandesgericht nun die Untersuchungshaft gegen Oberleutnant Berger angeordnet habe, und daß sich Berger bereits wieder in Haft befinde.

Goßweiler-Rezepte zur Lösung der sozialen Frage.

Unser Dresdner Bruderblatt berichtet unter dieser Ueberschrift:

Bekanntlich machte vor etwa anderthalb Jahren der bis dahin in den weitesten Kreisen unbekannte Kommerzienrat Karl Goßweiler aus Schwarzenberg durch große Reklame Aufsehen. G. begann freilich in der Praxis recht merkwürdig, indem er eine Reihe von Villen auf dem Weißen Hirsch, sowie Häuser in Dresden (auf der Wilsdruffer, Lessing-, Wieland-, Max- und Beuststraße) ihrem Zweck, als Wohnhäuser zu dienen, in dieser an Wohnungen so armen Zeit entzog, um allerhand Ausschüsse und Kommissionen hineinzusetzen. Die hatten nichts zu tun, als sein System zu bearbeiten und dafür Reklame zu machen. G. setzte eine Presseabteilung ein, die sich aber gar bald verpflichten mußte, nichts zu schreiben; eine Bauabteilung, die zwar immer Pläne entwarf, aber nie etwas baute; er gründete Produktionsgemeinschaften, die ebenfalls niemals arbeiteten; er ließ lieber seine Arbeiter spazieren gehen, statt sie arbeiten zu lassen, nur um an den ungeheuren Mengen Schwarzblechen und Schrot, die er billig durch seine

guten Verbindungen von der Heeresverwaltung

erworben, einen Konjunkturgewinn von 30 Millionen Mark zu erzielen. Mit großem Pomp wurde am 4. Januar d. J. im Ständehaus eine Landesproduktionsgemeinschaft gegründet. Aber diese Unternehmung ist nicht einmal handelsgerichtlich eingetragen worden und hörte folglich schon nach der Gründung zu bestehen auf! In den sämtlichen Gesellschaften Goßweilers ging es so unsozial wie möglich zu: Im Winter mußte in so kalten Zimmern gearbeitet werden, daß verschiedene Angestellte krank wurden; in der Beustsstraße 7 gibt es nicht einmal getrennte Aborte für Damen und Herren; Wohlfahrtseinrichtungen irgendwelcher Art kennt man bei Goßweiler gar nicht, und von Anfang d. J. an begann er sogar mit zahlreichen Entlassungen von Angestellten, obwohl doch bei einem 220fachen Millionär keineswegs die zwingende Notwendigkeit dazu vorlag, die der Reichswirtschaftsminister Braun als Entlassungsgrund angeführt hat. Weil der Kommerzienrat dabei nicht einmal die Verträge innehält, schweben bereits [illegible]

Tänzen das Dämonische. Orgienhafte zum Ausdruck zu bringen, so wäre ein vollendetes Gesamtkunstwerk hergestellt worden. Aber die Regie hat hier vereinfacht und gesänftigt, und das verstößt gegen das Wesen des Wagnerschen Werkes. Ich bin von der Wagner-Orthodoxie, die keinerlei Abweichen von seinen szenischen Anordnungen gestatten will, weit entfernt. Für den modernen Geschmack ist darin schon mancherlei Ueberholtes, und ich billige es z. B. durchaus, wenn die Regie im allgemeinen auf Vereinfachung ausgeht und wenn sie im letzten Akte die Venus und die Grotte nicht mehr erscheinen, sondern die Verlockung sich nur in der Vision Tannhäusers abspielen läßt, die sich an dem abendlichen Aufglühen des Berges entzündet. Denn es ist nicht zu verkennen, daß die reale Darstellung dieser Venus-Episode nur schwer der Gefahr entgeht, opernhaft im schlechten Sinne, kitschig zu wirken. Mit den Tänzen in der Venusgruppe ist es aber etwas wesentlich anderes. Hier widerspricht die Abmilderung nicht bloß den szenischen Vorschriften des Meisters, sondern vielmehr direkt seiner Musik, also dem Geist des Werkes selbst. Hier ist ein Recht zur Abweichung nicht vorhanden, sondern ein schwerer Verstoß. Nicht richtig will es mir auch erscheinen, daß am Schluß des ersten Auftrittes im zweiten Akt die wenigen Schlußworte Wolfram von Eschenbachs gestrichen sind, in denen er seine hoffnungslose Neigung für Elisabeth verrät. Dieses Moment ist durchaus nicht unwesentlich für das Verständnis des Werkes.

Edel und stilecht ist die farbenfreudige Halle gehalten und einfach vollendet in Gliederung und Farbenzusammenstellung wirken die beiden Marthurebilder. Schade, daß der wohltuende Eindruck der herrlichen Frühlingslandschaft gestört wurde durch einen bedenklichen Regiefehler. Wie kann Herr Schaeffer den Hirtenknaben in der Ausstaffierung eines Salontirolers auf die Bühne setzen und wie kann er der Darstellerin (Frl. Borchers) ein kokett-soubrettenhaftes Spiel gestatten, das ganz und gar aus dem Rahmen des Stückes fällt! Glücklich war dagegen der Gedanke, den Einzug der Gäste in die Halle auf den Hintergrund zu beschränken und die gar zu zeremoniösen Hofkomplimente, die früher bei dieser Gelegenheit verabreicht wurden, einzuschränken. Indes muß gewarnt werden, das Spiel der Herolde und Pagen zu naturalistisch zu gestalten. Lebendigkeit bei den Massenszenen ist gewiß zu wünschen, aber sie muß im Stil des Werkes bleiben. Auch Herr Vogl, der den Tannhäuser prächtig sang und spielte, hat sich in den Gebärden manchmal etwas zu modern gegeben. Von diesen Ausstellungen abgesehen, rundete sich die Aufführung in allen Teilen zu einem erfreulichen Ganzen. H. B.

Neues Operettentheater. (Fräulein Puck.) Das Zeitalter des Kapitalismus endet damit, daß alles zur Ware wird: der Mensch und seine Arbeitskraft und schließlich auch jene Kultur, auf die sich die bürgerliche Gesellschaft soviel zugute tut! Geld ist Trumpf! Kunst wird zum Geschäft, auch zum Schiebergeschäft, wenn es lohnt. Und die Operette ist der Ramschartikel in diesem Warenhaus. Man wird ihr nur gerecht, wenn man in der Geschäftssprache davon redet. Also: Frische Ware soeben eingetroffen, aus Berlin importiert. Patent zweier bekannter Schwankfabrikanten (Bach und Arnold) und eines Tonsetzers mit zugkräftigem Namen (Kollo). Kassenabsatz ist sicher, in Berlin 200 Aufführungen. Qualität: Ramsch! Dafür bürgt das Urteil eines bürgerlichen Kritikers, der „ein ungewöhnliches Maß von Unsinn" erwartet hat, aber „angenehm überrascht" war, als er nur das gewöhnliche, der Operette eigentümliche Kitschniveau antraf. Das genügt ihm denn auch, dem Machwerk seine hohe Gunst zu spenden. Der Herr ist ja wohl Sachverständiger auf diesem Gebiet, weshalb er sein väterlich wohlwollendes Urteil auch bereits nach dem 2. Akt fertig hatte und sich den 3. Akt schenkte. „Die Musik verdirbt nichts", allerdings, weil an dem Schwarzen nichts mehr zu verderben ist, als höchstens durch die geschmacklosesweise auftretenden unschuldigen Kindlein im 2. Akt, die mit spitzbübischer Miene die harmlose Stelle heruntertrillern: „Ach, übertreibt es nicht, beim Küssen bleibt es nicht!" Daß die Musik ausgeleiert, blutarm und gemessen an den früheren Weisen Kollos, die immerhin „Schlager" waren, langweilig ist, dabei in der Instrumentenzusammenstellung roh, unkünstlerisch, tingeltangelmäßig (Xylophon!), hindert denselben Kritiker nicht, von einem „sehr netten Flitterwochenduo", einem „ziemlich feurigen Liebeswalzer" (ziemlich feurig, was ist das?) und so fort zu sprechen. Was soll man dazu sagen, wenn Leute, die in den ernsthaftesten künstlerischen Dingen das Wort ergreifen, so den offenkundigen Kitsch, die raffinierte Geschäftsmache einiger Kulturschieber bemuttern und damit ihrem dummgläubigen Lesepublikum, das zu gesundem Geschmack zu erziehen, sie berufen sein sollten, die Köpfe verwirren. Wie sagt doch der alte, im letzten Stadium der Rückenmarksdarre befindliche Reichsgraf Klaps von Klapperstein immer: Ach, der verfluchte Kalk! — Darsteller, Regie und Orchester verschwendeten viel Liebesmüh an das Ding, so daß dem kritischen Beobachter angesichts dieser Vergeudung und Prostituierung so vieler künstlerischer Qualitäten sich der Eindruck einer Tragikomödie aufdrängte. Therese Wiets, Rudi Gfallers und Rudolfs Anders Leistungen sowie Habits Regie seien besonders betont. Ly.

Ein englisches Knopfgesetz. Es gab eine Zeit, und sie liegt noch nicht so weit zurück, in der die in England landenden Fremden gehalten waren, unmittelbar nach ihrer Ankunft in aller Eile einen Schneider aufzusuchen, um sich die Knöpfe ihres Anzuges ändern zu lassen. Im 18. Jahrhundert war in der Tat ein Gesetz erlassen worden, das jedermann verbot, mit Stoff überzogene Knöpfe zu tragen. Verstöße gegen dieses Verbot wurden mit einer Geldstrafe von 40 Schilling geahndet. Die Einheimischen hüteten sich begreiflicherweise, in die Fallstricke dieses Knopfgesetzes zu geraten, die Ausländer aber, die von dem Bestehen einer solchen Verordnung keine Ahnung hatten, wurden dafür um so leichter Opfer der heimtückischen Knopfbill und mußten sich noch glücklich schätzen, wenn sie bei der ersten Übertretung nur mit einer einfachen Verwarnung davonkamen und die Strafe nicht zu zahlen brauchten. Das Gesetz, das von den Engländern selbst als ebenso ungerecht wie sinnlos betrachtet wurde, war zu dem Zweck erlassen worden, um die englische Steinknopfindustrie vor den Wechselfällen der wetterwendischen Mode zu schützen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200823/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zwanzig Klagen Entlassener gegen Goßweiler. Sehr sozial zeigte er sich auch bei einer am 11. November v. J. schriftlich allen Angestellten in bombastischem Tone zugesagten wirtschaftlichen Beihilfe; denn als diese endlich auf Drängen der Angestellten im März dieses Jahres ausgezahlt wurde, war sie von einer wahrhaft sozialen Höhe: sie betrug 30 bis 150 Mk. pro Kopf! Damit sollten sich die Angestellten helfen, die nach seinen eigenen Worten in dem Ankündigungsbrief „durch die Ohnmächtigkeit der Regierungen, die Produktionsarbeit wieder in Gang zu bringen, gegenwärtig besonders zu leiden haben"!

Neuerdings scheint er aber doch seine eigene „Produktionsarbeit" beginnen zu wollen, hat er doch durch seine Verbindungen vier Waggons Militärdecken, 20 000 Stück, das Stück zu 9 Mark, erhalten, die in der Fabrik des Herausgebers des Kommunistischen Kämpfers in Chemnitz, Kurt Auris (der, nebenbei bemerkt, seit seinem Zusammenarbeiten vom März v. J. ab mit Goßweiler schon eine Villa auf Weißer Hirsch, Silberberg 2, bewohnen kann), zu Ulstern verarbeitet werden. Auch hat Goßweiler am 29. Mai dieses Jahres in das Handelsregister des Amtsgerichts Schwarzenberg acht eigene und eine Reihe andrer Geschäftsbetriebe eintragen lassen. Die neueste Lösung der sozialen Frage aber wollte er mittels einer Spielhölle versuchen. Ein Vorstandsmitglied (wahrscheinlich Heink) der Hotel-A.-G. Bad Elster (einem Goßweiler Unternehmen, zu dem Goßweiler im Frühjahr 300 000 neue Aktien herausgab, dessen Vorsitzender Kommerzienrat Manasse-Berlin ist, während im Aufsichtsrat auch der vom Elster-Butter-Skandal her bekannte Geheimrat Heink sitzt), hatte bei der Volkskammer den Antrag auf Genehmigung einer Spielhölle in Bad Elster gestellt, der aber abgelehnt wurde. Also Lösung der sozialen Frage mittels Spielhölle — wahrlich sonderbar malt sich die Welt in dem Kopfe dieses Kriegsgewinnlers. Zu verwundern aber ist es, daß man den Herrn nicht längst zu einer nützlicheren Verwendung seiner 200 Millionen veranlaßt hat.

Angestellte, die mit der Aussicht auf Lebensstellung engagiert wurden, werden der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge überantwortet. So sieht Theorie und Praxis eines Kriegsgewinnlers aus. Es war doch einmal etwas von der sogenannten Wegsteuerung großer Vermögen zu hören?! Irreführung war es, weiter nichts! Die einzige Lösung der sozialen Frage kann allein die Ueberführung der Riesenkapitalien in den Besitz der Allgemein-

Lehrerschaft zum Religionsunterricht.

Es wird geschrieben:

„Die Erklärung der letzten Landessynode vom 17. 7. 1920 zum Religionsunterricht ist ein Versuch, die öffentliche Meinung irrezuführen. Sie behauptet, in der Lehrerschaft wäre die Losung ausgegeben worden, den Religionsunterricht weiterhin zu erteilen, ihn aber mit ethischen und religionsgeschichtlichen Betrachtungen zu füllen.

Die Lehrerschaft hat nur von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht. Sie hat offen ihrer Behörde die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie konfessionellen Religionsunterricht ablehnt, sich aber bereit erklärt, die zur Zeit noch angesetzten Religionsstunden mit ethischen und religionsgeschichtlichen Betrachtungen zu füllen. Sie tut das, um die Kinder nicht um Unterrichtsstunden und um wertvolle Bildungsgüter, die selbst die Synode anerkennen muß, zu kürzen. Das wird auch vom sächsischen Unterrichtsministerium in der Verordnung vom 15. 5. als Notbehelf anerkannt.

Die Lehrerschaft wird nach wie vor den Gedanken der vollen Unabhängigkeit der Schule von der Kirche vertreten und die Beeinflussung der Jugend im Sinne einer Kirchenpartei oder Konfession ablehnen. Sie weiß sich mit dem größten Teil unsres Volkes einig in dem Bestreben, in der Staatsschule ein gemeinsames Kulturbewußtsein auf dem Boden reiner Sachlichkeit zu erarbeiten. Die Gemeinsamkeit als eine wesentliche Bedingung nationaler Erziehung wird nur in der freien, jeder kirchlichen Beeinflussung entrückten Schule, gesichert sein."

Unheil eines gewalttätigen Menschen.

In Nixdorf bei Sebnitz gewahrte der Heger des Jagdpächters Fischer auf einem Felde den Schlosser Pelikan, in dem er, weil der Mann einen Kugelstutzen trug, einen Wilderer vermutete. Er entriß ihm den Stutzen und schlug damit auf ihn ein, wobei er ihm das Bein zerschmetterte. Trotz des Flehens des Zusammengebrochenen schlug der Heger ihm auch noch über den Kopf und zertrümmerte ihm die Schädeldecke mit dem nunmehr in Stücke gegangenen Stutzen. Auf das Geschrei herbeigeeilte Leute trugen den Schwerverletzten auf einer Bahre nach dem Dorfe und zwangen den Heger, mitzutragen. Vor dem Dorfe aber ließ er Bahre und Gewehr fallen und eilte davon. Dabei entlud sich das weggeworfene Gewehr und zerschmetterte einem der umstehenden Männer, dem Arbeiter Kumpf, das Bein, so daß dieser an Verblutung verstarb. Nunmehr jagte die in höchste Wut geratene Menschenmenge dem Heger nach und wollte ihn lynchen. Nur durch das Eingreifen der Polizei konnte er geschützt werden. Der Zustand Pelikans, der Vater von sechs Kindern ist, ist lebensgefährlich. Traglich ist, daß die beiden Verunglückten erst kürzlich aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind.

Reform der sächsischen Gemeindebeamtenbesoldung.

Wie unser Dresdner Mitarbeiter an unterrichteter Stelle erfährt, haben in den letzten Tagen neue Beratungen stattgefunden über die Richtlinien und Leitsätze für die Besoldung der sächsischen Gemeindebeamten. Es nahmen daran die Regierung, Vertreter des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes und des Gemeindetages usw. teil. Im wesentlichen wurden die vom Gemeindebeamtenbund aufgestellten Richtlinien angenommen. Eine völlige Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten dürfte erreicht werden. Der Referent des Ministeriums wird die Richtlinien und Leitsätze den beteiligten Ministerien und Verbänden zur Aussprache zugehen lassen. Es soll dann noch eine weitere Beratung stattfinden, worauf das Ergebnis dem Gesamtministerium zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden soll.

Erwerbslosendemonstration in Dresden.

Am Freitag fand in Dresden im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung eine Demonstration statt. 1100 Personen zogen nach dem Rathause, wo eine Deputation von Bürgermeister Dr. May und Stadtrat Dr. Richter empfangen wurde. Als die Deputation aus dem Rathause zurückkehrte und Mitteilungen über die dort geführten Verhandlungen gemacht hatte, zerstreute sich der größte Teil der Erwerbslosen.

Ein Teil der Mitläufer blieben zusammen und überfielen in der Webergasse einige Lebensmittelgeschäfte. Die Fensterscheiben wurden eingeschlagen und die Läden rein ausgeplündert, bis die Polizei kam und einige Verhaftungen vornahm. Auch am Sonnabend wurde mehrfach versucht, Lebensmittelgeschäfte im Inneren der Stadt zu plündern. Die Plünderer wurden verhaftet. Es handelt sich um Elemente, die die Demonstrationen der Erwerbslosen als günstige Gelegenheit für ihre Raubzüge benutzen. Verschiedene Aeußerungen bei den Umzügen und Plünderungen lassen darauf schließen, daß unsaubere reaktionäre Elemente die Demonstrationen dazu benutzen, die Menge zu Ausschreitungen aufzustacheln.

Vom Verkauf deutscher Maschinen an das Ausland.

Eine Aussprache über den Verkauf von Industriemaschinen an das Ausland fand im sächsischen Wirtschaftsministerium statt. In verschiedenen Orten Sachsens, namentlich in der Amtshauptmannschaft Plauen, ist beobachtet worden, daß viele derartige Maschinen abmontiert und ins Ausland verkauft werden, vor allem nach Italien und Argentinien. Es kommen hier namentlich Stickmaschinen, Spinnereimaschinen und Webstühle in Frage. Seit Ende 1919 wird daran gearbeitet, diese Ausfuhr zu verhindern; leider aber arbeiten die Berliner Stellen so langsam, daß dies noch nicht geschehen ist. Nicht nur Maschinen kauft das Ausland, sondern auch Menschen. So sind zum Beispiel 50 Familien allein nach Argentinien verpflichtet worden. Es besteht die Gefahr, daß dort der deutschen Industrie ein neuer Wettbewerb entsteht.

Nach längerer Verhandlung einigte man sich im Wirtschaftsministerium auf folgende Beschlüsse: Das Ausfuhrverbot für Maschinen soll bestehen bleiben. Werden Ausnahmen bewilligt, so nur mit Genehmigung der zuständigen Handelskammer und des zuständigen Gewerkschaftskartells. Die Genehmigung dieser beiden Stellen muß auf dem Frachtbrief bescheinigt werden. Das Wirtschaftsministerium wird sich sofort mit der zuständigen Reichsbehörde wegen Regelung dieser Frage in Verbindung setzen. Die Arbeitervertreter beschlossen, die bereits angehaltenen Transporte nicht eher freizugeben, als bis bindende Erklärungen vorliegen.

Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in Sachsen.

Nach dem amtlichen Bericht des Landesgesundheitsamtes ist die Maul- und Klauenseuche in Sachsen am 15. August in 330 Gemeinden und 1074 Gehöften festgestellt worden gegen 218 Gemeinden und 763 Gehöfte am 31. Juli 1920.

Deutschböhmen im Truppenlager Zeithain interniert.

Zahlreiche Deutschböhmen, die, um dem tschecho-slowakischen Heeresdienst zu entgehen, die sächsische Grenze überschritten haben, sind im Truppenlager von Zeithain interniert worden. Sachsen will die Entscheidung über ihr Schicksal der Reichsregierung überlassen.

Hölz auf freiem Fuß.

Hölz, der vom tschechischen Gericht zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt wurde, dann Strafaufschub erhielt und in ein Sanatorium gebracht worden war, soll sich gegenwärtig auf freiem Fuße befinden. Seine Auslieferung ist bekanntlich von den tschechischen Behörden abgelehnt worden.

Dresden. Am Freitagnachmittag wurden einige Lebensmittelgeschäfte in der Webergasse von Erwerbslosen überfallen. Die Fensterscheiben wurden eingeschlagen und die Läden rein ausgeplündert, bis die Polizei kam und einige Verhaftungen vornahm. Die Erwerbslosen hatte[illegible] dem Rathause demonstriert, wo man einige ihrer Forderun[illegible] Abschlug.

Ob es sich bei den Plünderern wirklich um Erwerbslose handelt, oder ob auch hier Spitzel am Werk waren, dürfte noch zu untersuchen sein.

sk. **Zittau**, 20. August. In dem benachbarten Rumburg entlud sich infolge einer Unvorsichtigkeit in dem Grundstück des Hausbesitzers Augustinetz eine im Keller gelagerte Kiste mit Explosionskörpern, ein Artikel, mit dem der Schwiegersohn des A. handelt. Die Hausfront wurde herausgedrückt und A. unter den Trümmern begraben und getötet. Die ganze Einrichtung des im Erdgeschoß befindlichen Ladens wurde auf die Straße geschleudert. Eine im Hause wohnende Familie erlitt schwere Verletzungen. Im gegenüberliegendem Hause wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert und der Sohn des dort wohnenden Bürgermeisters Bartel schwer verletzt.

Pirna. In einer Schulausschußsitzung wurde vom Schularzt berichtet, daß von 2896 untersuchten Kindern nur 100 als gut ernährt bezeichnet werden könnten. 305 sind normal, 1928 mangelhaft und 565 völlig unterernährt.

Zwickau. Die Stadtverordneten beschlossen die Einführung einer Lastkraftwagensteuer und einer Fremdensteuer, die Besteuerung des von der Reichseinkommensteuer freigelassenen Teiles des Einkommens, die Vervierfachung der Hundesteuer, Verdoppelung der Eintrittskarten- und Verdreifachung der Lustbarkeitssteuer, sowie eine wesentliche Erhöhung der Besitzwechselabgabe und der Wertzuwachssteuer. Gleichwohl bleibt im städtischen Haushalte immer noch ein ungedeckter Fehlbetrag von etwa 7 Mill. Mk.

Chemnitz. Um die Kosten für das Holzmaterial für die Schulen herabzumindern, wurden vom Stadtrat die Schulämter A und B angewiesen, der Frage der Zusammenlegung der Schulen während des Winters und der Verlegung der Michaelisferien auf die Heizperiode näherzutreten.

Bernstadt (Oberlausitz). Um zu verhüten, daß das Obst zu hohen Preisen an die Bevölkerung verkauft wird, hat der Stadtrat auf Anregung des Bürgermeisters Dr. Druckmüller die gesamte, mindestens 180 Zentner betragende Obsternte an einen Pächter vergeben; dieser hat sich verpflichten müssen, mindestens 70 Zentner gut gepflücktes und dauerhaftes Obst zum Preise von 35 Pfg. für das Pfund an solche Einwohner abzugeben, die selbst keine Obstbäume besitzen und einen Ausweis darüber vom Stadtrat erhalten. Minderwertige Früchte darf das Publikum zurückweisen.

Wittgensdorf. Der 16jährige Sohn des Gutsbesitzers Gerlach ertrank beim Baden. Vermutlich ist er einem Herzschlag erlegen.

Wittgensdorf. Vor kurzem stürzte die der Gemeinde gehörende Ziegelei zusammen. Vorhanden waren zirka 50 000 Ziegel. Der Gemeinde entsteht dadurch ein beträchtlicher Schaden.

Crottendorf. Das zweijährige Söhnchen der Familie Weißbach wollte sich an einer Ofenbank hochziehen. Dabei riß es einen Topf mit kochendem Wasser herunter und verbrühte sich derart, daß der Tod bald eintrat.

Flöha. Das Gesamtministerium hat auf Vorschlag des Kultusministeriums dem Lehrer Georg Winkler von der Dittesschule in Chemnitz die Stelle des Bezirksschulrates in Flöha übertragen. Herr Winkler wird die Stelle am 1. Oktober antreten.

Aus den Nachbargebieten.

Gegen den Obstwucher.

Halle. Die Staatsanwaltschaft Weimar hat die Obstbestände der Gemeinde Poppendorf, welche zu wucherischen Preisen an einen Weißenfelser Händler für 30000 Mk. verkauft wurden, beschlagnahmt und sie anderweitig für 6000 Mk. verkauft.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lehrverhältnisse der Elektromonteure.

Im vorigen Jahre stand der Beruf der Elektromonteure oder Elektrotechniker, der einen klingenden Namen hat, an erster Stelle der gewählten Berufe. Diese Tatsache zwingt uns als Branchenvertreter, die geradezu skandalösen Lehrverhältnisse in einer Reihe hiesiger Installationsgeschäfte in die Oeffentlichkeit zu bringen. Die Schuld liegt zum großen Teil mit an den Eltern, die sich weder bei der Berufswahl, noch bei der Abfassung des Lehrkontrakts von den tatsächlich vorhandenen Verhältnissen unterrichten.

Die Eltern sollten sich einmal fragen, wie es möglich sein kann, daß ein Installateur, dem keine Werkstatt und kaum das allernotwendigste Werkzeug zur Verfügung steht, in der Lage ist, aus ihrem Sohn einen tüchtigen Menschen zu bilden, der sich später einmal selbst sein Brot verdienen kann. In vielen Fällen werden die Lehrlinge nur als billige Arbeitskraft betrachtet, denn sonst würden sie nicht zum Kohlentragen, Teppichklopfen, Stiefelputzen und andern Arbeiten benutzt, wie es bei der Firma Hardegen geschieht. Der Inhaber Herr Schnitzer, ist Vorsitzender des Installateurverbandes und müßte als solcher doch wissen, was zur Ausbildung eines Eelktromonteurs gehört. Außerdem müssen die Lehrlinge bei dieser Firma noch 100 Mk. für Werkzeug zahlen. In allen andern Betrieben ist der Unternehmer verpflichtet, das Werkzeug, das zur Ausführung der Arbeit gehört, zu liefern. — Bei der Firma Pilz müssen die Lehrlinge Sonnabends bis 5 Uhr arbeiten, weigern sie sich und verlangen den Arbeitsschluß wie die Gehilfen, gibt es vom Schwiegersohn, Herrn Uhde Ohrfeigen und Entlassung angedroht. Wenn auf dem Transport etwas zerbricht, wird der Schaden den Jungen vom Lohn abgezogen. Dadurch ist es vorgekommen, daß Lehrlinge überhaupt keinen Lohn erhalten haben, wenn man einen Stundenlohn von 10 Pfg. überhaupt als Lohn und nicht nur als Trinkgeld bezeichnen kann. — Von der Firma Ehrling, Plagwitz wird berichtet, daß sich die Lehrlinge ein halbes Jahr vor Beginn der Lehrzeit als Laufbursche zur Verfügung stellen müssen. — Die Sächsische Baugesellschaft, deren Vertreter, Herr Direktor Wölke, sonst vor lauter Wohlwollen überläuft, verbietet den Lehrlingen, in ihre wirtschaftliche Organisation einzutreten und erzwingt den Austritt aus derselben durch Androhung der Entlassung. — In einzelnen Geschäften werden die Lehrlinge, weil eine Werkstatt nicht zur Verfügung steht, am Küchenherd ausgebildet. Der Meister hat absolut keinen andern Platz zur Ausbildung.

Diese Fälle könnten noch ins Endlose vermehrt werden. Es soll aber das Angeführte genügen, um den Eltern die Notwendigkeit vor Augen zu führen, sich um die Verhältnisse und um die Möglichkeit einer ordnungsmäßigen Ausbildung zu kümmern, bevor sie ihre Kinder als Lehrlinge unterbringen. Ehe ein Lehrvertrag überhaupt abgeschlossen wird, müssen diese Fragen vor allen Dingen von den Eltern selbst in der einwandfreiesten Art und Weise geprüft werden. Tun sie dies nicht, tragen sie als Eltern die Verantwortung, wenn ihre Kinder auf Grund einer verfehlten Lehre ein verfehltes Leben vor sich haben. Auskunft erteilt die Organisation und die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Leipzig.
Branchenleitung der Elektromonteure.

Die pommersche Roggenernte und der Landarbeiterstreik.

In einem Artikel der Vossischen Zeitung versucht Professor Dammer den ungenügenden Ausfall der Roggenernte in Pommern als eine unmittelbare Folge des dreiwöchigen Landarbeiterstreiks hinzustellen. Durch den Streik sei die Bestellung des Wintergetreides statt im September erst im Oktober erfolgt, wodurch in diesem Jahre die Roggenblüte in die ungünstige Hitzeperiode des Juli gefallen sei.

Hierzu ist zunächst festzustellen, daß der Landarbeiterstreik nur einen kleinen Bruchteil der gesamten pommerschen Landwirtschaft erfaßt hatte. Nicht mehr als 5 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe wurden vom Streik betroffen und nur auf wenigen vereinzelten Gütern hat der Streik drei Wochen angedauert. Ferner ist zu bemerken, daß die drei bis vier Wochen verspätete Bestellung des Wintergetreides die ganz natürliche Folge der um drei bis vier Wochen verspäteten Ernte des Vorjahres war.

Wenn also die diesjährige Roggenernte in ganz Pommern ungenügend ausgefallen ist, so geht daraus hervor, daß die Roggenernte und der Streik überhaupt nichts miteinander zu tun hatten und die willkürliche Konstruktion Professor Dammers nur einer unberechtigten Hetze gegen einen Teil der Bevölkerung dienen soll.

Die Christlichen und der Achtstundentag.

Herr Wieber, der Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes, der auf der in Essen stattgefundenen Verbandsgeneralversammlung sich mit allen Kräften gegen die Beibehaltung des Achtstundtages ins Zeug legte, hat, wie aus nunmehr an die Oeffentlichkeit gelangenden Berichten hervorgeht, durch die Haltung der Generalversammlung eine ziemlich unzweideutige Abfuhr erfahren. Die Generalversammlung sprach ihre „Befriedigung" darüber aus, „daß die 1904 von der dortigen Generalversammlung erhobene Forderung auf Einführung des Achtstundentages erfüllt sei, sie sehe jedoch in der gegenwärtigen schematischen Arbeitszeit eine Ungerechtigkeit; namentlich für die Feuer- und Schwerstarbeiter sei eine weitere Verkürzung gerechtfertigt".

Die christlichen Metallarbeiter scheinen danach einzusehen, daß sie mit dem Kampf gegen den Achtstundentag sich die Mitglieder davonjagen. Sie beschränkten sich daher darauf, zu erklären, „angesichts der darniederliegenden Wirtschaft und des drohenden Ruins könne der Achtstundentag nicht besser geschützt werden, als durch pflichtbewußte Ausfüllung der regelmäßigen Arbeitszeit".

Die Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter.

Essen, 21. August. Bei Gelegenheit der Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft für den Bergbau wegen Wiederdurchführung des Überschichtenabkommens sind die Beschwerden der Bergarbeiterschaft über die allgemeine Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets erneut den Vertretern der Reichsregierung vorgetragen worden. Mit Rücksicht hierauf hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sich selbst in das Ruhrgebiet begeben, um sich an Ort und Stelle von der derzeitigen Ernährungslage, namentlich auch der Brotversorgung zu überzeugen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat hierbei mit den Vertretern der Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Arnsberg und Münster, mit den in Frage kommenden Provinzialfleischstellen, den Mehlvermittlungsstellen sowie anderen beteiligten Kommunalbehörden im Rathause in Essen eine Besprechung abgehalten, an der insbesondere auch Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft teilgenommen haben. Hierbei sind die einschlägigen Fragen, vor allem der Brot-, Fleisch- und Fettversorgung, durchgesprochen worden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird im Anschluß an diese Erörterungen eine Reihe von Arbeiterkolonien und Kommunalverbänden im Ruhrgebiet besuchen, wo er sich über die Lebenshaltung und zwar die Wohnungs-, Bekleidungs- und Ernährungsverhältnisse der Bergarbeiter unterrichten will, sowie über die Art der Versorgung der fraglichen Kommunalverbände mit Lebensmitteln, vor allem Getreide, durch die in Betracht kommenden Reichsstellen.

Verbindlichkeitserklärung von Angestelltentarifen.

Der zwischen dem Verband der Elektrotechniker in Sachsen und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände und den Gewerkschaftsbünden abgeschlossene Tarif-Vertrag für den Freistaat Sachsen ist mit dem 1. April 1920 für allgemein verbindlich erklärt worden. — Ebenso ist der mit dem Verband der Metall-Industriellen und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände und den Gewerkschaftsbünden abgeschlossene Tarif-Vertrag für die Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig mit dem 1 April 1920 für verbindlich erklärt worden.

Auskünfte werden erteilt in der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände, Braustraße 17.

Zunahme der Arbeitslosigkeit im Reiche.

Berlin, 20. August. Wie dem W. T. B. aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche, wie es infolge der anhaltenden ungünstigen Wirtschaftslage zu erwarten war, weiterhin erheblich gestiegen. Nach amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. August 1920 290 735, die der weiblichen Erwerbslosen 105 964, also insgesamt 396 699 gegen 359 412 am 15. Juli und 321 418 am 1. Juli 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 364 232 Familienangehörige, die als Zuschußempfänger unterstützt werden.

Der Teiltarifvertrag für die Angestellten bei der sächsischen Staatsverwaltung vom 13. August 1920 ist abgeschlossen und im Druck erschienen. Der Wortlaut des Tarifvertrages kann in der Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Braustr. 17, gegen Erstattung der Druckkosten von allen bei den Staatsbehörden beschäftigten Angestellten entnommen werden.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent, Gohlis. Das richtet sich danach, ob Sie einen Mietvertrag vom Hausbesitzer unterschrieben haben.

Stillgeld Hmr. 1. Satzungsgemäß bis zum Ablauf der 12. Woche. 2. Wenden Sie sich an die Mütterberatungsstelle, Platzmannstraße 1. 3. Nein. — 1 Mk. für die Parteikasse.

E. K. Wenden Sie sich am besten an die Handelskammer.

M. K., Zweinaundorf. Wenn Sie Mutterernährer sind, kann der Betrag für die Mutter abgezogen werden.

A. J. 99. Nach Ziffer 6 der Bekanntmachung können Sie für Ihren Sohn Abzüge machen.

Kriegsgefangener W. Etwa 6 Prozent Grunderwerbssteuer. Die Kaufkosten lassen sich vorher nicht bestimmen; das können Sie am besten bei einem Notar erfahren.

O. S. W. Wenn der Herr Vertragskontrahent ist, müssen Sie erneut das Mieteinigungsamt in Anspruch nehmen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200823/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ruppersdorf. Der Lohnabzug muß auf die Steuern aufgerechnet werden, der überschießende Teil der Steuern muß nachgezahlt werden. — 2 Mk. für die Parteikasse.

J. R. 19. Wenn Sie keinen Auftrag gegeben haben, können Sie die Zahlung verweigern.

W. M. 68. Mittwoch in Keßlers Restaurant, Sidonienstr. 49.

H. J. Lößnig. Wenden Sie sich an das Versorgungsamt in der Artilleriekaserne.

Von Nah und Fern.

Große Ueberschwemmungen in Japan.

Honolulu, 21. August. (Reuter.) Nach aus Japan eingetroffenen Nachrichten sind **Ueberschwemmungen** in einzelnen Teilen **der Inseln Kwu Shu und Shikoku** vorgekommen. **Städte und Dörfer wurden vernichtet. Man meldet eine große Anzahl Toter.**

Ein frecher Raubüberfall.

Staßfurt, 23. August. Gestern Sonntag nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr drangen sechs bewaffnete Männer in das hiesige Postamt ein und forderten von den Beamten mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe aller Wertsendungen. Den Beamten wurde gestattet, den Postdirektor herbeizurufen. Diesem blieb nichts anderes übrig, als die geforderten Wertsachen herauszugeben. Darauf verschwanden die Banditen, von denen bisher jede Spur fehlt.

Eingelaufene Schriften.

Der Arbeiterrat. Die soeben erschienene Nr. 32 hat folgenden Inhalt: An die Betriebsräte und Betriebsobleute! — Gegen die Arbeitslosigkeit. — Rundschau. — H. Polack, der Staatsbankrott — R. Oehring, Wesen und Aufbau der modernen Industrieunternehmung. — Eine Anfrage an den Genossen Dißmann. — Die Betriebsräte in den Konsumvereinen gegen die Geschäftsführerdiktatur. — Es sollen keine Lokomotiven gebaut werden. — Zusammenschluß der Unternehmer. — Der Gewerkschaftsbureaukratismus gegen das Rätesystem. — Preis der Einzelnummer 1 Mark.

Karl Jakubczyk, Peuf Jesu nach! Ausgewählte deutsche Christusgedichte aus allen Jahrhunderten. Verlag von Herder u. Co., Freiburg i. B. Preis 17.40 Mk., geb. 22.50 Mk. u. Zuschläge

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 24. August.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Haferflocken: Letzter Tag — abzugeben 1 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q, Marke 10 für Kriegsgefangene (je 250 Gramm).

Ausgabe. Kohlenkarten für Untermieter: Ausgabe im Kohlenamt Gerberstraße 3, „ Buchstabe T, U, V des Vermieters.

Teigwaren, Haferflocken, Erbsen: Letzter Abholungstag.

Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren: Beginn — bestellt mit H 4, M 4, N 4, Z 4 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.

Nährmittel für Schwangere: Beginn — bestellt mit S N 4 der Sonderlebensmittelkarte für Schwangere usw.

Fleisch für Erwerbslose: Nr. 9001—10000 vormittags 9—1 Uhr.

Für Händler.

Butter: Bezugskartenablieferung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Reichsminister der Finanzen hat unter dem 19. August 1920 sich damit einverstanden erklärt, daß bis auf weiteres folgende Erleichterungen im Steuerabzug eintreten:

1. Übersteigt der abzugspflichtige Teil des Arbeitslohnes, auf das Jahr umgerechnet, den Betrag von 15 000 Mk., nicht aber den Betrag von 30 000 Mk., so sind bis auf weiteres von dem Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umgerechnet den Betrag von 15 000 Mk. nicht übersteigt, 10 vom Hundert, von dem übrigen Teil des Arbeitslohnes 15 vom Hundert einzubehalten.
2. Vom Abzuge bleiben bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche zu 6 Arbeitstagen, der Arbeitsmonat zu 25 Arbeitstagen und das Jahr zu 300 Arbeitstagen.

Leipzig, am 21. August 1920.

Die Bezirkssteuereinnahme (als Finanzamt).

Frühkartoffelausgabe.

Vom 24.—30. August auf angemeldete Kartoffelmarken J 1/J 1 sowie für Militärurlauber und Fremde 7 Pfund Kartoffeln je nach Eingang. Preis für das Pfund 45 Pfg. Letzter Abholungstag 30. August. Kartoffelmarke J 2/J 2 ist beim Händler bis Sonnabend, 28. August, abzugeben.

Kleinverteiler: Markenabgabe Montag, den 30. August. Die am 23. August abzugebende Kartoffelhilfsmarke K 16 ist auf einem besonderen Lieferscheine zu berechnen.

Großverteiler: Bezugscheinentnahme Mittwoch, den 1. September.

Ernährungsamt Leipzig, am 21. August 1920.

Sparkasse Borsdorf. Tägl. Verzinsung 3½ Prozent. Telegraph Nr. 12. Geschäftsstelle im Gemeindeamt in der Schule. Geschäftszeit wochentags 8—2 Uhr. Postscheckkonto: 8254

Bekanntmachung über Fleischbezug.

Auf Grund der Reichsverordnung vom 7. August 1920 über die Regelung des Fleischverbrauchs (RGBl. S. 1549) und der sächsischen Ausführungsverordnung vom 18. August 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 189) wird folgendes bestimmt:

1.

Die Reichsfleischkarte fällt künftig weg. Bis zum 29. August 1920 wird das Fleisch noch gegen die Marken D der laufenden Fleischkarte 39,2 ausgegeben. Vom 30. August 1920 an hört der Bezug auf Marken auf. Das Fleisch bleibt aber wie bisher rationiert, nur wird der Fleischbedarf an Hand von Kundenlisten der zur Fleischverteilung zugelassenen Fleischer festgelegt und erfüllt.

Die Verbraucher haben bis Donnerstag, den 26. August 1920, beim Fleischer die Haushaltkarte der 40. Kartenausgabe vorzulegen und die eben ausgegebene Reichsfleischkarte und Sonderfleischkarte für Kranke Nr. 40,1 und 2 bei dem Fleischer abzugeben. Der Fleischer setzt auf die Rückseite der Haushaltkarte das Datum des Anmeldetages, seinen Namen und seinen Firmenstempel und gibt sie den Verbrauchern zurück. Er trägt die Verbraucher in eine Kundenliste ein, soweit sie noch nicht eingetragen sind, gesondert nach dem Alter unter und über 6 Jahre.

Am 27. August 1920 liefert der Fleischer mit dem bisher schon üblichen Lieferschein die ganze Reichsfleischkarte 40,1 und 2, deren Marken nicht mehr abgetrennt zu werden brauchen, zu je 25 Stück gebündelt an die Bezugscheinstelle, Markgrafenstraße 8, ein, nachdem er den Lieferschein wie bisher entsprechend der Zahl der abgegebenen Reichsfleischkarten und der gewöhnlichen Wochenbekanntmachung über die Fleischmenge ausgefüllt hat. Die Sonderfleischkarten für Kranke sind jedoch getrennt zu bündeln und zu berechnen. Die Bezugscheinstelle prüft die Meldungen und zeigt der Fleischverteilungsstelle den Bedarf an. Diese gibt daraufhin aus wie bisher.

Niemand darf sich gleichzeitig bei mehreren Fleischern eintragen lassen. Abmeldung vor Ablauf von 4 Wochen seit dem Tage der Anmeldung ist nur bei dringendem Grund zulässig. Der Fleischer darf eine Neuanmeldung nur vornehmen, wenn der bisherige Fleischer die Abmeldung auf der Haushaltkarte beschleunigt hat.

Wesentliche Veränderungen im Bestande hat der Fleischer jederzeit der Bezugscheinstelle anzuzeigen. Auf alle Fälle hat er bis zum 1. Freitag jeden Monats die gesamte Zahl der Kunden mit dem vorgesehenen Vordruck anzuzeigen und dabei sämtliche eingenommenen Bezugscheine und Ausweise (auch die Marken der Besuchsfremden, Militärurlauber und Kriegsgefangenen) zur Gutschrift einzureichen.

2.

Gastwirtschaften und ähnliche Betriebe dürfen Fleischspeisen (d. i. zubereitetes Fleisch) in ihren Betrieben vom 30. August 1920 an ohne Marken abgeben. Für die Anmeldung ihres Bedarfs wird noch die Fleischbezugskarte E—J ausgegeben. Diese ganze Karte gibt der Gastwirt dem Fleischer ab, der ihn danach in die Kundenliste einträgt und die Karte zusammen mit dem Lieferschein an die Bezugscheinstelle einliefert. Will ein Gastwirt nach vier Wochen oder später den Fleischer wechseln, so wird ihm von der Bezugscheinstelle eine Bescheinigung ausgestellt, die er dem bisherigen Fleischer zur Abmeldung, dem neuen zur Anmeldung vorlegt. Ab- und Anmeldungen sind auf der Bescheinigung von den Fleischern zu vermerken. Auf andere als die vorstehend geregelte Art dürfen auch diese Betriebe kein Fleisch beziehen.

3.

Kliniken, Krankenhäuser, Fabrikküchen, Speiseanstalten und Kinderbewahranstalten erhalten wie bisher von der Hauptstelle der Kartenverteilung einen Bezugschein. Der Fleischer hat diesen wie bisher auf dem Lieferschein einzutragen und an die Bezugscheinstelle abzuliefern.

4.

Kranke erhalten künftig über Sonderfleischzuweisungen nach Verordnung des Ärzteausschusses einen Ausweis von der Hauptstelle der Kartenverteilung, den sie bei der Anmeldung zur Kundenliste bei dem Fleischer abzugeben haben.

5.

Die Besuchsfremden und Militärurlauber erhalten gegen Vorlegung des Nachweises der polizeilichen Anmeldung oder des Urlaubspasses bei der Kartenstelle des Bezirks, wo sie wohnen, Militärfleischmarken als Ausweis zum Bezug von Fleisch. Gegen Abgabe dieser Marken erhalten sie vom Fleischer Fleisch geliefert.

6.

Selbstversorger haben die Fleischkarte 40, 1 und 2 bei der Hauptstelle der Kartenverteilung, Stadthaus, Untergeschoß, Zimmer 626, einzuliefern. Sie dürfen für die Zeit, für die sie mit Fleisch versorgt sind, kein Fleisch für sich und die von ihnen beköstigten Personen auf Grund der Kundenliste beziehen. Marken brauchen außer denen der Karte 40 künftig nicht mehr abgegeben zu werden. Im übrigen bleibt es hier bei den alten Bestimmungen (Ratsbekanntmachungen vom 12. Oktober 1918, 1. Oktober 1919 und 30. März 1920).

7.

Die noch im Verkehr befindlichen Fleischmarken der grünen Zusatzlebensmittelkarte für heimgekehrte Kriegsgefangene werden wie bisher mit 125 Gramm Fleisch wöchentlich beliefert.

8.

Wer entgegen den Vorschriften dieser Bekanntmachung Fleisch oder Fleischwaren abgibt oder bezieht, insbesondere wer sich bei mehreren Fleischern in die Kundenliste eintragen läßt oder eine verbotene Eintragung vornimmt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

9.

Die Bekanntmachungen des Rats der Stadt Leipzig vom 23. September 1916, vom 5. Oktober 1916, vom 16. Dezember 1916, vom 4. August 1917 und vom 8. September 1917 über Fleischmarken, Regelung des Frischfleischbezugs und Regelung des Fleischbezugs in Gastwirtschaften treten mit dem Ablauf des 29. August 1920 außer Kraft.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Leipzig, am 20. August 1920. Ern.-A. III.

Der Rat der Stadt Leipzig.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

L.-Ost. Freitag, den 27. August, abends ½8 Uhr, **Mitgliederversammlung** in den Drei Mohren. Tagesordnung: 1. **Welche Stellung hat die U. S. P. D. zu den gegenwärtigen politischen Fragen einzunehmen.** Referent: Genosse **Joh. Schöning.** 2. Diskussion hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten. — Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. — Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Parteigenossen zur Pflicht, diese Versammlung zu besuchen. D. B. *

Leutzsch.

Dienstag, den 24. August, abends ½8 Uhr

Oeffentliche Volksversammlung

im Gasthof Schwarzer Jäger, Leutzsch.

Tagesordnung: 1. Vortrag: **Die wirtschaftspolitische Krise und ihre Folgen.** Referent: Genosse **Arthur Lieberasch.** 2. Freie Aussprache.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

U. S. P. D. (Ortsverein Leutzsch).

Unsere **Meßmuster in Gas- u. elektr. Kronen-, Lampen** usw. sollen im Ausstellungs-Lokal **Reichsstraße 15** billig abgegeben werden. 1*

Gegen Würmer hat sich **Wurmleind** als Radikalmittel für Erw. und Kinder vorzüglich bewährt. Nur echt **König Salomo-Apotheke,** Leipzig. *

Aufpolstern von Sofas und Matratzen Josephstraße 33.*

K. A. P. D.

Dienstag, den 24. August, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung im Pantheon.

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion. Parteiangelegenheiten. **Der geschäftsführende Ausschuß.**

Oeffentl. Versammlung

Dienstag, den 24. August, abends 7 Uhr

spricht

Genosse H. Richter, Erfurt

im **Felsenkeller,** Leipzig-Plagwitz.

Freie Aussprache.

Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten).

Tauben-Börse Turnerstr. 12. Sehenswerte Tauben-Schau! *

Hygienia, Körper- und Schönheitspflege. Minna Lippold, L.-Reudnitz, Carnsdorfstr. 6. Für Frauen u. Mädch. lohnend. Nebenverd.

Reparaturen an Uhren jed. Art nur streng solide Ausführung u. unt. Garant. bei **Gustav Kaniss** Uhrmach., Tauchaer Str. 8.*

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Hausierer, Straßenhändler welche lohnenden Verdienst suchen, wollen sich melden Torstr. 15, Hof I. 8—4 Uhr.*

Erfahr. Seifensieder gesucht. Adresse niederleg. u. L. V. 1099 Leipz. Anz.-Zentr. Katharinenst. 20, I.

Arbeiter werd. angenommen. Zu meld. v. 5-7 Uhr ab. b. Schachtm. Witte, Edlichstr. 9, I.

Tüchtig. Lumpensortiererinnen find. dauernde Beschäftigung **Leipziger Rohprodukten-Großhandlung Simon & Flierl** L.-Plagwitz, Jahnstr. 91/93.

Gesunde Amme sofort ges. Elisabethstr. 19, I.

Jüng. Mädchen od. Frau z. Aufw. ges. Schreberstr. 3, III.

Verkäufe

KOWNOER

Schnupftabak	nur 75	Pfg.
Augentabak	„ 90	„
Gesundheitstabak	„ 90	„
Regensburger	„ 50	„
Schmalzler Brasil	„ 50	„

Elisterstr. 3 und Gerberstr. 40*

Herbstpaletot, Gummimant., Lodenmutl., mehr. Jackettanz. verk. Windmühlenstr. 33, I.*

Mehrere Jackettanzüge, 3 Gehrockanzüge, Paletots verk. Windmühlenstr. 33, I.*

Kakao Schokolade Für Großverbraucher und Wiederverkäufer günstige Bezugsquelle **Nährmittelf. Heros** Kuchengartenst. 16 Telephon 4560 *

Gelegenheitskäufe in **Herren-Garderobe Mil.-Sachen Wäsche** **Wadewitz** Windmühlst. 33, I neben Astoria

Billig. Gelegenheitskäufe aller Art; neue u. getragene **Herrengarderobe Militär-Sachen Schuhe u. Stiefel Wäsche** verkauft **Walter Fritzsche** L.-R., Frommannstr. 12, Ld.*

3 Jackett-, Gehrock- u. Cutaw.-Anz., guterh. Lange Str. 10, I.*

N. Mil.-Ulster, gr. Zinkbadewanne, Weißenfels. Str. 46, I. l.

Anzug 300, kl. m. Gr., Spield., Gramm., Eisenbahnst. 13, H. lr

Militär-Joppe, neu, zu verk. Windorfer Str. 11, Tr. B, II. M.

Hemden f. Damen f. Herren **25.—**

Hemdentuch u. Nessel	m	15.—
Hemdenbarchent	m	16.—
Bettwäsche, ws. u. bt.	m	20.—
Damast	m	30.—
Wischtuch	Stück	7.50
Küchenhandtuch	Stück	5.—
Wirtschaftsschürze	Stck.	20.—
Obergarn Nr. 60, 1000 m		12.50

Kohlgartenstr. 29, I. **links.**!*

Erstlingswäsche u. schwarzer Plüschmantel f. 2-3j. Kind vk. Kinzsch., Klingenstr. 36, III. r.

Bettwäsche, Federb., guterh., Gardin., Hand- u. Wischtücher billig Bayerische Str. 42, II. l.

4 **Deckbetten,** laub., 150-200 ℳ, Bettstelle m. Matr. 120-180 ℳ, Bettwäsche. Brüderstr. 10, I. l.

Stub.-, Kamm.- u. Küch.-Einr. sof. preisw. z. vk. geg. Anzahlg. Großzschoch., Elsterstr. 6, II. r.

Kleiderschrank, furn., guterh., z. vk. Plaw., Klingenst. 2, III. l.

Küche, neuvorger. 150, Kldch. 250, Tisch, 2 Stühle 100, verk. Walth., Wurzn. St. 182, p. Lad.

Plüschsofa, gebr., vk. Schönef., Schmidt-Rühl-Str. 13, prt. r.

Besseres Sofa mit 2 Sesseln, Chaiselong., Frdsw., w. neu, gr. Spiegel, Spiegelschrank, Tisch, Palme, 2 Stühle billig Bayerische Straße 42, II. links.

Sofa, guterhalten, zu verkf. Ludwigstraße 92, p. l.

Sofa, Kldrschrk., Vert., Spieg. m. St. vk. Bo., Ewaldstr. 17, p.

Ausziehtisch, Polsterstuhl vk. billig Pl. Spittastr. 13, III. l.

Ausziehtisch, guterh. 175 ℳ, tadellos. Plüschsofa, Frdsw., 4 Nußb.-Rohrstühle, Schlafz.-Schrk., hell Eiche. Talstr. 27, I. r.

Zu vk.: Kdr.-Bettst., gr. Zinkbadew. Tauchaer St. 14, H. l. r.

Grammoph. m. 30 Platt. z. vk. od. tsch. g. Fahrrad o. Kdrwag. Merseb. St. 2, Brettschneider

A-Bandoneon, 102 Tön., okt., vk. Lind., Rinckartstr. 10, III. r.

Wanduhr m. Schlagw., f. mod. Waschtisch, Spiegel bill. z. vk. Plaw., Merseburger St. 2, II. r.

Nähmaschine, f. neu, verk. bill. Kappe, Nürnberger Str. 11.*

Nähm., Rundsch. o. Langsch., Küche, Sofa, Bettst. m. Matr., billig Bayerische Str. 42, II. l

Singer-Rundsch.-Nähm. vk. Kohlgartenst. 37, IV. Büttner

Kinderwagen, guterh., z. verk. Kleinsch., Panitzstraße 3, II. l.

Korb-Kinderwagen zu verk. Lind., Rabenerstraße 4, II. r.

Fahrräder 1. Mark. neu u. wie neu vorgerricht., für Herren, Dam. u. Kinder **Decken u. Schläuche** Riesenausw., allerbill. Pr. **Beyer** Naustädter Steinweg **33.**

Mäntel u. Schläuche, Wringmaschinen u. Walzen vrk. bill. Fahrradhaus Kreuzstr. 46 b.*

Kinderw. m. g. Gu., gth., 200 ℳ, Klappsportw. 85, Kdrstuhl 40, Plaw., Merseburger St. 2, II. r.

Klappwag. m. Verd., geschl., u. eleg. hell. Kinderwagen, sehr gutrh. z. vk. Wurzner St. 68, I. l.

Klappwag. m. Verd., gth., bill. z. verk. Wurzner Str. 6, IV. M.

Klappwagen m. Verdeck, bill. Czermaks Garten 6, II. links.

Sitz- und Liegewagen, wie neu, Mittelstraße 9, I. links

Ausrangierte Biertässer Inhalt zirka 20 bis 100 Liter, als Kraten-Einlegefässer sich eignend, hat billig abzugeben **Aktienbrauerei L.-Gohlis**

Schäferhund, 10 W. a., sch. geg. u. gesd., billig. Merseb. Str. 2, II. r.

Kaufgesuche

Kaufe Damen-, Herren- u. Kindergarderobe, Schuhe, Wäsche, Federbett., Gardinen, Teppe., Leihhausscheine, eins. Möbel u. ganze Wirtschaften. Kohs, Lind., Odermannstr. 4, pt.!*

Kaufe Herr.- u. Dam.-Garderobe allerh. Wäsche, Leihhausch., Fdbett., Schuhe, s. a. Nachl. !* Kummer, Reichsst. 14, T. 10527

Militär- Hosen, Blusen, Mänt., Mütz., Ulster, Schuhe, Stiefel, Dam.- u. Hrn.-Gard., Wäsche, Leihh.-Scheine, Nachlaß-Sachen **kauft** **Wadewitz,** neb. Astoria Windmühlenstr. 33, I. Tel. 15475 *

Militärtuch-Ulster **Anzüge, Röcke, Hosen, Mäntel, Leihhausch.** kft. Rd., Frommannstr. 12, Lad.*

Herren-Garderobe, Militär-Sachen, Schuhwerk, Wäsche, Leihhausscheine kft. **Klink,** Nanstische Gasse 6, part. !*

Sämtliche getragene u. neue **Herren-Garderobe Leihhausscheine, Wäsche** etc. k. Hahn, Lange Str. 10, I.*

Alle Art. **Wäsche** neu und gebraucht Herren- u. Damengarderobe, Leihhausscheine, Gold- und Silbersachen z. kaufen gesucht **Glaser** Naustädter Steinweg 46. Tel. 1312.*

Kaufe laufend: **Alte woll. Strümpfe** **Tibet :: Wolle Neutuch-Abfälle Lumpen Altmetalle Papier :: Flaschen sowie aller Art Felle** Gutes Abfangebiet für Händler und Private * Auf Wunsch bole ab! **Rohprodukten handlung Nadelreich** Moltkestr. 15, Telephon 1354 Sonnabend geschlossen.

Fahrräder u. Teile, a. defekt m. u. o. Gummi z. k. g. Tel. 9393 Gabelsbergerstraße 19, pt.

Eilt zur Frau Witteles Lortzingstr. 12, prt. kaufe alle Arten Wäsche neu und gebraucht, Herren- und Damengarderobe, Leihhausscheine, Gold- und Silbers. !*

Nähmasch. a. Art, a. defekt z. k. g. Gabelsbgstr. 19, pt. T. 9393.

H.- u. D.-Rad o. Gu. kft. Rd., Weidmannstr. 2, Hofgeb. pt.*

Kinder- u. Klappsportwagen a. Art, a. defekt, z. k. g. Tel. 9393 Gabelsbergerstraße 19, part.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, neue, kauft * **Reinhold,** Hardenbergstr. 9.

Felle aller Art und jd Quantum **Schafwolle** kauft laufend **Einkaufs-Zentrale Weigler,** Dorotheenplatz Ecke Zimmerstraße

Vermischte Anzeigen

Die geg. Herrn Kurt Wittig u. Fritz Koddritsch ausgesprochene Beleidigung nehme ich zurück. **D. Krosse.**

Ausschneiden! Stets erfolgreicher **Rechtsbeistand** Alim.-, Ehe-, Erb-, Straf-, Steuers., Gesuche, Testam. **Friedr. Pfefferkorn** Go., Landsberger Str. 24 Linie 6. — Sprechz. 1—6.*

Rechtsbureau Leipzig-West Prozeßvertret., Ueberw. von Straf., Ehe-, usw., Gnadengesuche, Testamente. * **O. Dimmroth, L.-Lind.,** Kuhturmstr. 4 — Tel. 33487.

Uhrmacher Urban Spezialist für Reparaturen Leipzig, Wächterstraße 26.*

Kammerjäger Wagner wohnt Senefelderst. 11. E.!*

Ihr Anzug wird wieder **wie neu gereinigt u. gebügelt** für **20 Mk.** Abholung und Zusendung frei. Postkarte genügt an Wäscherei **Undine, Leipzig-Dölitz.**

Aufpolst. v. Sof. u. Mtr. Steif. Auflegmatr. Mariannenst. 28

Aufpolstern von Sofas und Matr. Scharnhorststr. 44, II. r.

Inserate und nicht an die Redaktion sondern a. d. **Expedition** d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Kognak 45 % ¾ Liter Mk. 40.— empfiehlt **L. O. Kaspar Nachf.** L.-Plagwitz Zschocherische Straße 30. !*

Grude empfiehlt Kohlenhandlung **Robert Friedrich,** Naustädt, Martenstraße 16.

Glasscheiben aller Art im Ausschnitt bill. Spiegelgläser jeder Größe z. Zt. 30% Rabatt. Repar. sof. Aquarien, Acc'n- und Elem.-Gläser in gr. Ausw. Zubehör **A. Glaschker,** Tauch. Str. 5, Tel. 13388.*

Wohnungen

Tischl. f. Werkst., m. u. ob. Lab. ev. auch Wohnungstausch. Off. Anger, Möckauer Str. 20, I.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200823/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG